



SVV Sicherheitsmonitor 2020

Sicherheit, Stabilität und Perspektiven
der Gesellschaft in der Schweiz

ASA | SVV



sotomo
gesellschaft, politik & raum ■ ■ ■

Auftraggeber

Schweizerischer Versicherungsverband SVV
Conrad-Ferdinand-Meyer-Strasse 14
8022 Zürich

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autor/-innen (in alphabetischer Reihenfolge)

Gordon Bühler
Julie Craviolini
Michael Hermann
Eliane Müller
Virginia Wenger

Fachliche Begleitung

Tibor Szvircsev Tresch
Thomas Ferst
Dozentur Militärsoziologie
Militärakademie, ETH Zürich

Zürich, August 2020



Liebe Leserin, lieber Leser

Die Ereignisse im laufenden Jahr haben unser Sicherheitsempfinden auf die Probe gestellt. Die Corona-Pandemie hat die stabil geglaubte Ordnung unserer Gesellschaft in kürzester Zeit verändert. Als Privatversicherer ist das Thema Sicherheit für uns von zentraler Bedeutung. Mit unseren Dienstleistungen wollen wir den Versicherten Sicherheit im Alltag bieten. Deswegen interessiert uns, wie sich die Bevölkerung, unsere Kundinnen und Kunden, generell zu diesem Thema äussern – und wie sie die Veränderungen in diesem Bereich wahrnehmen.

Auch wenn die Pandemie aktuell das dominierende Thema in der öffentlichen Wahrnehmung ist, bleiben andere wesentliche Herausforderungen unserer Gesellschaft bestehen. Die zentralen Fragen sowohl in der Umweltthematik als auch in der Altersvorsorge sind weiterhin unbeantwortet. Sich mit ihnen zu beschäftigen, ist für uns Privatversicherer und unsere Kundinnen und Kunden dringlich. Lösungen müssen den Ansprüchen der verschiedenen Generationen gerecht werden. Wie die diesjährige Ausgabe des Sicherheitsmonitors zeigt, beschäftigt die Frage nach der Nachhaltigkeit unseres Altersvorsorgesystems wie auch der Klimawandel die Schweizer Bevölkerung weiterhin in hohem Masse: Jede dritte Person fühlt sich nicht abgesichert. Und auch bei den aufgrund der klimatischen Entwicklung veränderten Naturgefahren schätzt der Grossteil der Bevölkerung die Risiken als hoch ein.

Um diese Befindlichkeiten besser zu verstehen und die Entwicklung auch langfristig verfolgen zu können, haben wir schon zum dritten Mal die Erarbeitung des SVV Sicherheitsmonitors angestossen. Die aktuellsten Ergebnisse legen wir nun vor. Gute Lektüre!



Thomas Helbling

Direktor Schweizerischer Versicherungsverband SVV

Inhaltsverzeichnis

In Kürze	5
Einleitung	7
1 Sicherheit im Alltag	8
1.1 Was im Leben Sicherheit gibt	8
1.2 Befriedigtes und unbefriedigtes Sicherheitsbedürfnis	11
1.3 Einschätzung zukünftiger Risiken	14
1.4 Technologischer Wandel und Sicherheit	17
2 Vorsorge: Erwartungen und Verhalten	21
2.1 Zeitpunkt der Pensionierung	21
2.2 Einschätzungen zur eigenen Altersrente	24
3 Herausforderung Altersvorsorge	27
3.1 Entwicklung des Rentenniveaus	27
3.2 Kapital- und Umlageverfahren im Vergleich	29
3.3 Reformansätze in der obligatorischen Altersvorsorge	31
4 Risiken und Klimawandel	36
4.1 Auswirkungen von Klimaschutzmassnahmen	39
4.2 Nachhaltige Kapitalanlagen	41
4.3 Versicherungsschutz in Gefahrengebieten	44
5 Methodik	47

In Kürze

Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen können die Wahrnehmungen und die Haltung der Bevölkerung verändern. Die jährliche Wiederholung des SVV Sicherheitsmonitors macht solche Veränderungen und Entwicklungen in der Einstellung der Bevölkerung sichtbar.

Die Mitte März durch den Bundesrat ausgerufenen «ausserordentlichen Lage» zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie hatte gravierende Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit in der Schweiz. Diese wirtschaftliche Unsicherheit spiegelt sich in der Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung. Zwar vermittelt ein Arbeitsplatz der Erwerbsbevölkerung weiterhin Sicherheit (59 Prozent). Allerdings zeigt sich im Juni 2020 eine spürbare Verunsicherung, was diesen anbelangt: Gab vor einem Jahr noch mehr als die Hälfte der Erwerbsbevölkerung an, dass sie ihre Erwerbstätigkeit als genügend gesichert einschätzt, ist es im Juni 2020 nur noch jede dritte erwerbstätige Person. Ein Viertel schätzt die konkrete Gefahr eines Arbeitsplatzverlusts in den nächsten zehn Jahren als gross ein.

Schrittweiser Übergang in den Ruhestand

Finanzielle und soziale Absicherung tragen dazu bei, dass sich die Bevölkerung sicher fühlt. Durch die demografische Alterung und die tiefen Zinsen gerät die obligatorische Altersvorsorge jedoch zunehmend in finanzielle Schieflage. Dennoch gehen nach wie vor drei von vier Erwerbstätigen davon aus, vor oder mit dem gesetzlichen Rentenalter in Pension zu gehen, was das System weiter unter Druck setzen könnte. Anreiz für einen späteren Ruhestand könnte ihnen einerseits die Möglichkeit einer schrittweisen Reduktion des Erwerbseinkommens geben (53 Prozent). Andererseits schliessen auch 45 Prozent nicht aus, dass finanzieller Druck etwa infolge von Rentenkürzungen eine längere Erwerbstätigkeit erfordert.

In der Bevölkerung überwiegt die Ansicht, dass zukünftige Generationen mit tieferen Renten auskommen müssen (77 Prozent). Im Gegensatz zum Vorjahr begründen in der aktuellen Erhebung Personen, die von sinkenden Renten ausgehen, ihre pessimistische Einschätzung weniger häufig mit der Finanzierungslücke in der ersten Säule als mit der Unterfinanzierung der zweiten Säule.

Sinkender Lebensstandard aufgrund sinkender Renten

Nur jede vierte erwerbstätige Person geht davon aus, dass sie ihren Lebensstandard nach der Pensionierung halten kann. Die Einschätzung der finanziellen Perspektive und der zukünftigen Rentenentwicklung hängen dabei zusammen: Bevölkerungsgruppen mit einer eher pessimistischen Einschätzung der Rentenentwicklung, wie Frauen oder die 45- bis 64-Jährigen, rechnen tendenziell häufiger mit einem tieferen Lebensstandard im Ruhestand. Menschen mit hohem Einkommen gehen zwar eher von sinkenden Renten aus. Sie rechnen jedoch seltener mit

einem tieferen Lebensstandard im Alter, wohl aufgrund einer stärker alimentierten privaten Vorsorge.

Erste Säule gibt wieder mehr Sicherheit

Die etwas positivere Einschätzung der ersten Säule in diesem Jahr zeigt sich auch darin, dass das Umlageverfahren der AHV der Bevölkerung wieder mehr Sicherheit gibt als noch 2019 (33 Prozent, +6 Prozentpunkte). Die Bevölkerung erachtet allerdings nach wie vor das Kapitaldeckungsverfahren für nachhaltiger, effizienter und sicherer als das Umlageverfahren. Die Bevölkerung präferiert deshalb häufiger das Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule (36 Prozent) als das Umlageverfahren der ersten Säule (24 Prozent). Das Umlageverfahren wird aber als fairer bewertet.

Eigenverantwortung fördern

In der ersten Säule sieht die Bevölkerung vor allem die Allgemeinheit in der Pflicht, um der Unterfinanzierung der AHV entgegenzuwirken. Geht es allerdings um konkrete Reformmassnahmen bei der Altersvorsorge, würde die Bevölkerung am stärksten auf die Förderung der dritten Säule und eine Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer setzen (49 Prozent bzw. 46 Prozent). Deutlich weniger häufig wird eine Erhöhung der Mehrwertsteuer befürwortet. Eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters lehnt die Bevölkerung dagegen in der Tendenz ab. Ebenso ist eine Reduktion der Renten der ersten und zweiten Säule für kaum jemanden eine Option.

Relevanz von Sozial- und Umweltstandards bei Kapitalanlagen

Die Bevölkerung sieht im Klimawandel vor allem global eine grosse Gefahr (80 Prozent). Für mehr als jede zweite Person birgt die Veränderungen des Klimas allerdings auch für die Schweiz ein grosses Gefahrenpotenzial (52 Prozent). Zu diesem Bewusstsein passt, wie der Begriff «Nachhaltigkeit» verstanden wird: Unter einer nachhaltigen Kapitalanlage versteht die Bevölkerung vor allem eine, die Sozial- oder Umwelt- und Klimastandards berücksichtigt (76 Prozent bzw. 69 Prozent). Weniger als jede zweite Person subsumiert dagegen unter diesem Begriff gute Unternehmensführung wie etwa der Schutz der Aktionärsrechte oder Korruptionsbekämpfung. Nach Ansicht einer Mehrheit der Bevölkerung sollen Pensionskassen und Versicherungen bei einem Zielkonflikt zwischen der Nachhaltigkeit und der Rendite dabei zumindest teilweise die Nachhaltigkeit priorisieren. Nur knapp jeder fünfte Person fordert eine klare Priorisierung des finanziellen Gewinns. Vor allem Personen, die unter Nachhaltigkeit die Einhaltung von Sozialstandards sowie Umwelt- und Klimastandards verstehen, messen dem Nachhaltigkeitsaspekt einer Kapitalanlage eine vergleichsweise grosse Bedeutung zu.

Einleitung

Mit der Corona-bedingten Ausrufung der «ausserordentlichen Lage» durch den Bundesrat Mitte März 2020 kam das öffentliche und wirtschaftliche Leben in der Schweiz weitgehend zum Stillstand. Drei Monate später, zum Zeitpunkt der Umfrage für den vorliegenden Sicherheitsmonitor, begann sich der Alltag der Schweizer Bevölkerung teilweise wieder zu normalisieren, lockerte doch der Bundesrat Mitte Mai und anfangs Juni aufgrund der sinkenden Krankheitsfälle einen Grossteil der behördlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Dennoch stehen die Erhebungsergebnisse der dritten Ausgabe des SVV Sicherheitsmonitors im Zeichen der Corona-Pandemie und der Erfahrungen der befragten Personen während den ersten Wochen dieser unerwarteten Krisenlage.

1 Sicherheit im Alltag

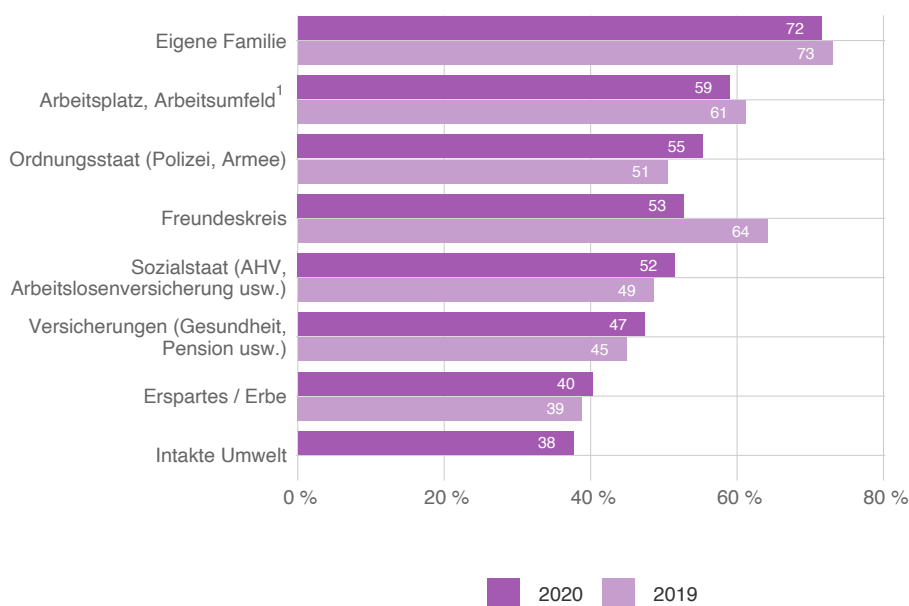
1.1 Was im Leben Sicherheit gibt

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und der dagegen getroffenen Schutzmassnahmen sind nach wie vor nicht absehbar. Inwieweit beeinflusst diese Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Konjunktur das Sicherheitsempfinden der Schweizer Bevölkerung?

Anfangs Juni 2020 fühlten sich neun von zehn Personen sicher, womit sich dieser Wert gegenüber 2019 nicht verändert hat. Ein leichter Anstieg der Verunsicherung ist dennoch sichtbar: 2020 fühlen sich weniger Personen «sehr» (26 Prozent, –4 Prozentpunkte), jedoch mehr «eher» sicher (64 Prozent, +4 Prozentpunkte). Mit steigendem Bildungs- und Einkommensniveau nimmt der Anteil der Personen zu, die sich «sehr sicher» fühlen. Auch fühlen sich Männer häufiger «sehr sicher» (30 Prozent) im Vergleich zu Frauen (22 Prozent). Ob sich jemand sicher fühlt, hängt nebst diesen persönlichen Merkmalen auch von den jeweiligen Lebensumständen ab.

Für 72 Prozent der Befragten ist vor allem die Familie für das eigene Sicherheitsgefühl relevant (Abb. 1). Die sicherheitsstiftende Funktion eines familiären Umfelds bleibt damit im Vergleich zur letztjährigen Erhebung unverändert.

Abbildung 1: Bereiche, die massgeblich zum Sicherheitsgefühl der Befragten beitragen



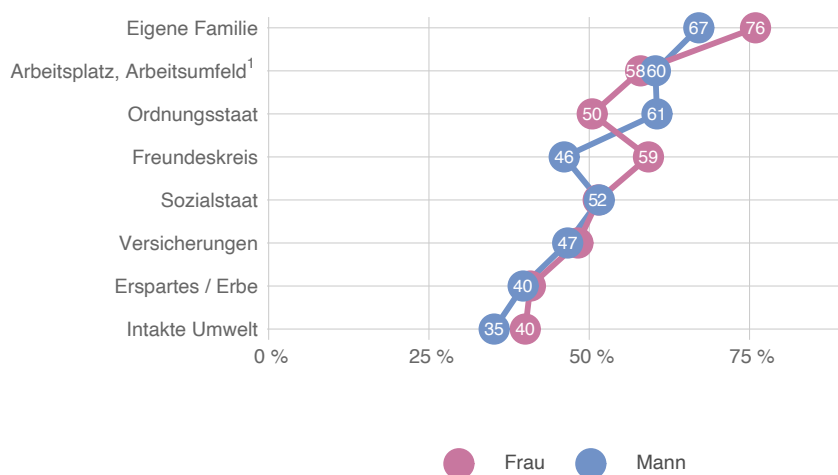
¹Pensionierte nicht berücksichtigt

«Ganz grundsätzlich: Was trägt massgeblich zu Ihrem Sicherheitsgefühl bei?»

Dagegen hat der Freundeskreis an Bedeutung verloren: Im Juni 2020 gaben noch 53 Prozent der Befragten an, dass ihr Freundeskreis dazu beiträgt, dass sie sich sicher fühlen. 2019 waren es noch 64 Prozent. 2020 trägt für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ihre Arbeit bzw. das Umfeld ihrer Arbeit am zweithäufigsten zu ihrem Sicherheitsgefühl bei (59 Prozent), für die Bevölkerung insgesamt der Ordnungsstaat mit seinen Organen wie Polizei und Armee (55 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr hat damit der Staat in seiner Funktion als Ordnungsmacht für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung leicht an Bedeutung gewonnen (+4 Prozentpunkte). Staatliche soziale Auffangnetze wie die AHV oder die Arbeitslosenversicherung sind auch 2020 für rund die Hälfte der Bevölkerung wichtig, um sich sicher zu fühlen (52 Prozent). Für 47 Prozent tragen soziale Absicherungen wie Pensionskassen und Krankenversicherungen zu einem guten Sicherheitsgefühl bei.

Um sich sicher zu fühlen, ist für Männer die staatliche Ordnungsfunktion wichtiger als für Frauen (Abb. 2). Für Letztere sind dagegen Familie und Freunde relevanter als für Erstere. Im Gegensatz zu 2019 zeigt sich in der diesjährigen Erhebung kein Geschlechterunterschied in der Bedeutung der Arbeit für das Sicherheitsgefühl.¹ Dies vor allem, weil die Arbeit für Männer in der aktuellen Erhebung weniger zu ihrem Gefühl von Sicherheit beiträgt, während sie für die Frauen an Bedeutung gewonnen hat.

Abbildung 2: Bereiche, die massgeblich zum Sicherheitsgefühl beitragen – nach Geschlecht



¹Pensionierte nicht berücksichtigt

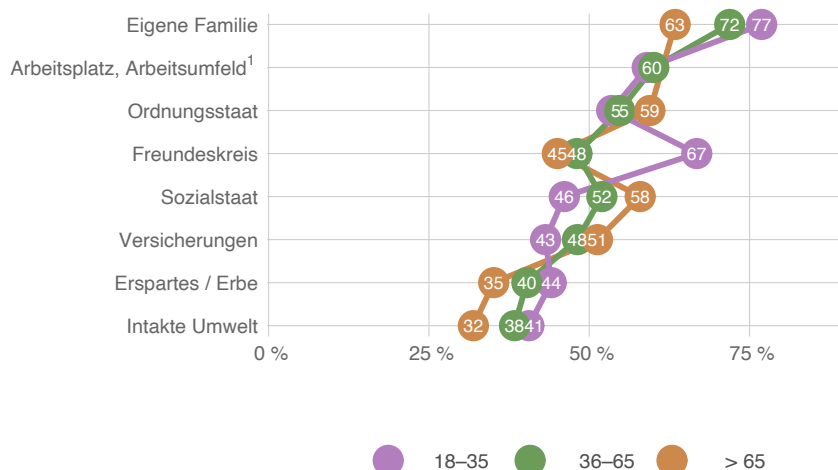
«Ganz grundsätzlich: Was trägt massgeblich zu Ihrem Sicherheitsgefühl bei?»

Welche Bereiche einer Person Sicherheit geben, hängt auch von der jeweiligen Lebensphase ab. Jungen Erwachsenen vermitteln die eigene Familie und der

¹vgl. Sicherheitsmonitor 2019. <https://www.svv.ch/de/der-svv/svv-publikationen/weitere-publikationen/svv-sicherheitsmonitor>

Freundeskreis deutlich häufiger ein Gefühl von Sicherheit als Personen über 35 Jahren (Abb. 3). Mit zunehmendem Alter gewinnt die soziale Absicherung an Bedeutung – sei es durch die AHV, die berufliche Vorsorge oder die obligatorische und private Krankenversicherung – an Bedeutung bei der Frage, wie sicher sich eine Person fühlt.

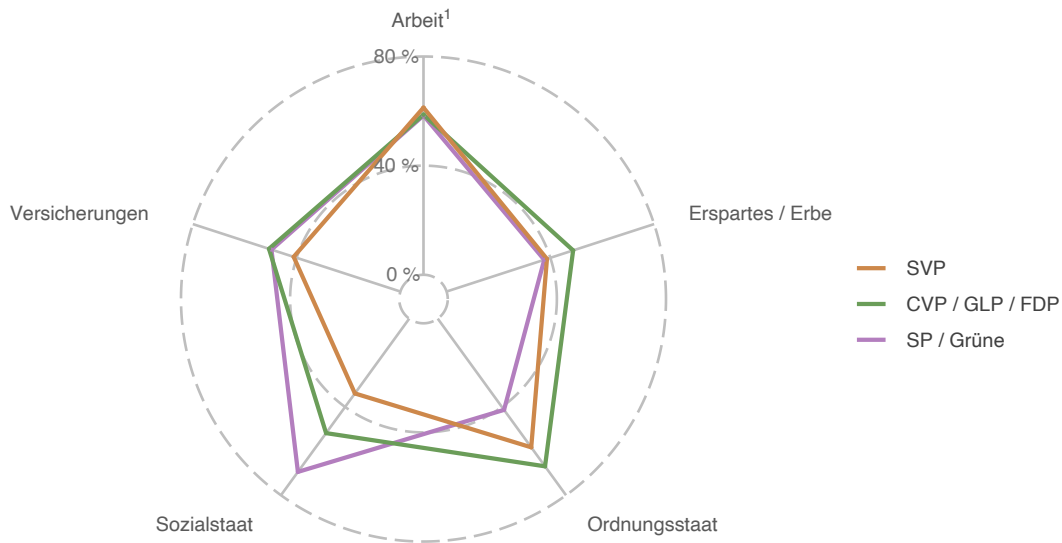
Abbildung 3: Bereiche, die massgeblich zum Sicherheitsgefühl beitragen – nach Alter



¹Pensionierte nicht berücksichtigt

«Ganz grundsätzlich: Was trägt massgeblich zu Ihrem Sicherheitsgefühl bei?»

Welche Aspekte im eigenen Leben ein Gefühl von Sicherheit geben, hängt schliesslich auch von der eigenen Werthaltung ab. Abbildung 4 zeigt, dass die Befragten die sozialpolitische und die ordnungspolitische Funktion des Staates je nach Parteinähe unterschiedlich bewerten: Für Personen, die den Linksparteien SP und Grüne nahestehen, trägt der Sozialstaat deutlich häufiger dazu bei, dass sie sich sicher fühlen, als für Personen, die sich einer der bürgerlichen Parteien zugehörig fühlen. Für Letztere ist dagegen der Ordnungsstaat deutlich wichtiger. Auch bei der Bedeutung der privaten finanziellen Absicherung und der Arbeit zeigen sich leichte Unterschiede: Für Personen, die sich einer der Mitteparteien CVP und GLP oder der FDP zugehörig fühlen, ist das eigene oder geerbte Ersparte wichtiger, damit sie sich sicher fühlen, als für Personen mit einer Nähe zu SVP, SP oder zu den Grünen. Schliesslich sehen Personen, die der SVP nahestehen, in privaten Versicherungen weniger oft einen Sicherheit vermittelnden Faktor als Personen mit einer Nähe zu den Mitte- und Linksparteien.

Abbildung 4: Bereiche, die massgeblich zum Sicherheitsgefühl beitragen – nach Parteinähe

¹Pensionierte nicht berücksichtigt

«Ganz grundsätzlich: Was trägt massgeblich zu Ihrem Sicherheitsgefühl bei?»

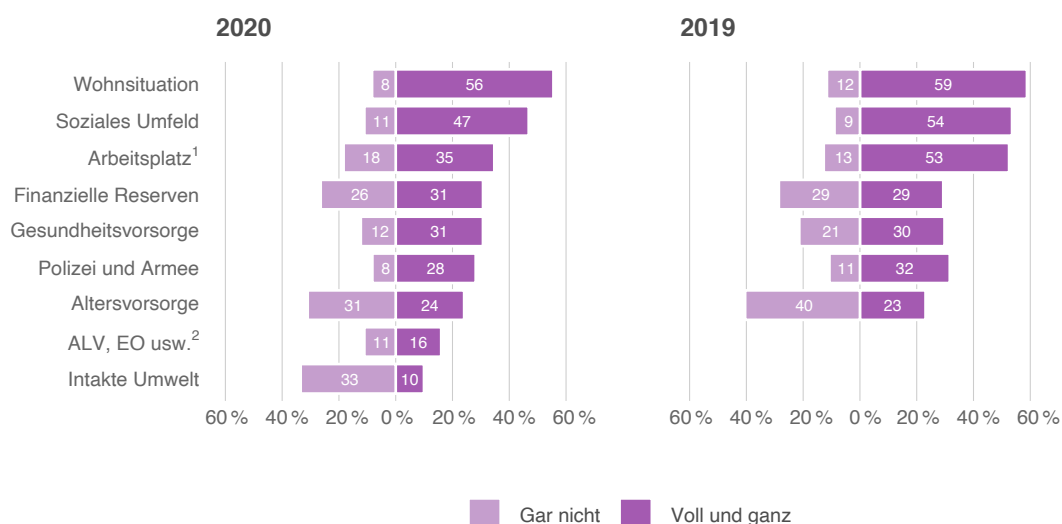
1.2 Befriedigtes und unbefriedigtes Sicherheitsbedürfnis

Eines der grundlegenden Bedürfnisse des Menschen ist jenes nach Sicherheit. In welchen Bereichen ist das Bedürfnis der Schweizer Bevölkerung nach Sicherheit gedeckt und wo nicht? Abbildung 5 zeigt: Weiterhin sieht sich die Bevölkerung in Bezug auf die Wohnsituation am besten abgesichert. Hingegen geben die Befragten im Vergleich zur Vorjahreserhebung deutlich weniger häufig an, dass sie sich im Bereich des sozialen Umfelds und vor allem im Bereich einer gesicherten Erwerbstätigkeit abgesichert fühlen: Im Juni 2020 gaben noch 35 Prozent der Befragten an, dass ihr Bedürfnis nach einem gesicherten Arbeitsplatz voll und ganz erfüllt ist, 2019 war es noch mehr als die Hälfte gewesen (53 Prozent). In der aktuellen Erhebung fühlt sich knapp jede fünfte Person im erwerbsfähigen Alter in Bezug auf ihren Arbeitsplatz überhaupt nicht abgesichert.

Weiterhin besteht ein grosses Sicherheitsdefizit bei der Altersvorsorge: Weniger als ein Viertel der Befragten fühlt sich in Bezug auf die Altersvorsorge voll und ganz abgesichert. Dagegen geben 31 Prozent an, dass sie sich in Bezug auf die Vorsorge im Alter gar nicht abgesichert fühlen. Ebenso gab in der aktuellen Erhebung nur knapp jede dritte Person an, dass sie sich in Bezug auf die finanziellen Ressourcen voll und ganz abgesichert fühlt, während für rund jede vierte Person das Bedürfnis nach finanzieller Sicherheit überhaupt nicht gedeckt ist.

Schliesslich zeigt sich ein deutliches Bedürfnis nach mehr Sicherheit in Bezug auf eine intakte Umwelt: Für einen Drittel der Befragten ist das Bedürfnis nach einer intakten Umwelt überhaupt nicht gedeckt und nur 10 Prozent fühlen sich vollends abgesichert.

Abbildung 5: Sicherheitsbedürfnis nach Bereichen



¹ Pensionierte nicht berücksichtigt

² ALV = Arbeitslosenversicherung, EO = Erwerbsersatzordnung

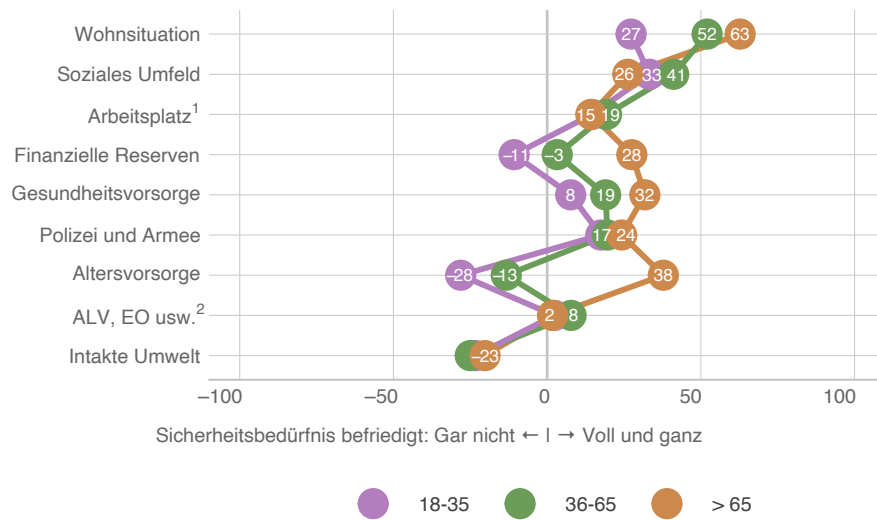
Voll und ganz: «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis voll und ganz befriedigt?»

Gar nicht: «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis gar nicht befriedigt?»

Abbildung 6 stellt die Personen, die sich in einem bestimmten Bereich voll und ganz abgesichert fühlen, jenen gegenüber, die diesen Eindruck von sich ganz und gar nicht von sich haben. Dabei zeigt sich, dass bei der Altersvorsorge und der finanziellen Absicherung vor allem bei jungen Erwachsenen das Bedürfnis nach mehr Sicherheit besteht: Bei den 18- bis 35-Jährigen liegt der Anteil der Personen, deren Bedürfnis nach Absicherung im Alter und nach finanzieller Sicherheit gar nicht gedeckt ist, deutlich höher als der Anteil derjenigen, die sich in diesen Bereichen vollends abgesichert fühlen.

Ein Bedürfnis nach mehr Sicherheit in Bezug auf die Vorsorge im Alter und die finanzielle Absicherung zeigt sich – wenig überraschend – auch bei den tiefen Einkommensklassen (Abb. 7). Dabei sind junge Erwachsene in der unteren Einkommensklasse übervertreten. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass sich rund ein Fünftel der unter 35-Jährigen noch in Ausbildung befindet. Die Übervertretung erwerbsloser Personen und solcher in Ausbildung in der unteren Einkommensgruppe erklärt zu einem gewissen Teil auch, dass sich Personen mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 4000 Franken häufig in Bezug auf ihre Arbeit überhaupt nicht abgesichert fühlen.

Abbildung 6: Sicherheitsbedürfnis nach Bereichen – nach Alter

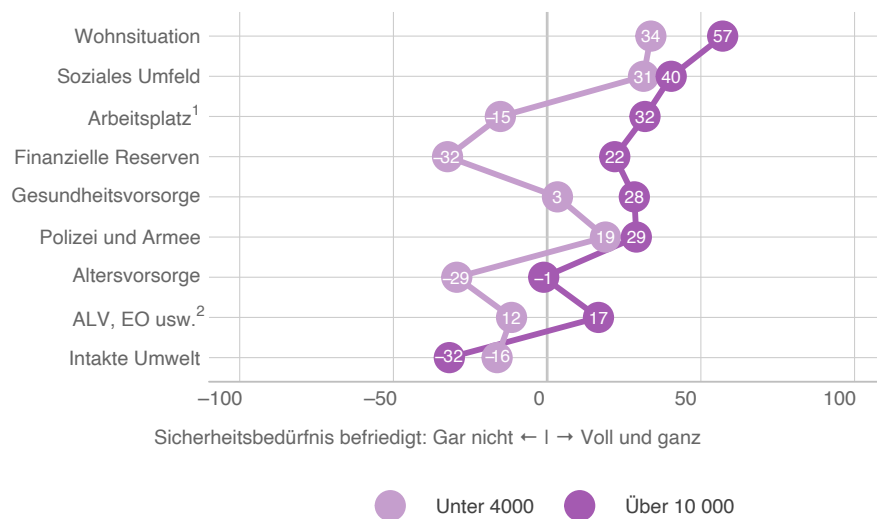


¹ Pensionierte nicht berücksichtigt

² ALV = Arbeitslosenversicherung, EO = Erwerbsersatzordnung

Bilanz zwischen «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis *voll und ganz* befriedigt?» und «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis *gar nicht* befriedigt?» in Prozentpunkten

Abbildung 7: Sicherheitsbedürfnis nach Bereichen – nach Einkommen



¹ Pensionierte nicht berücksichtigt

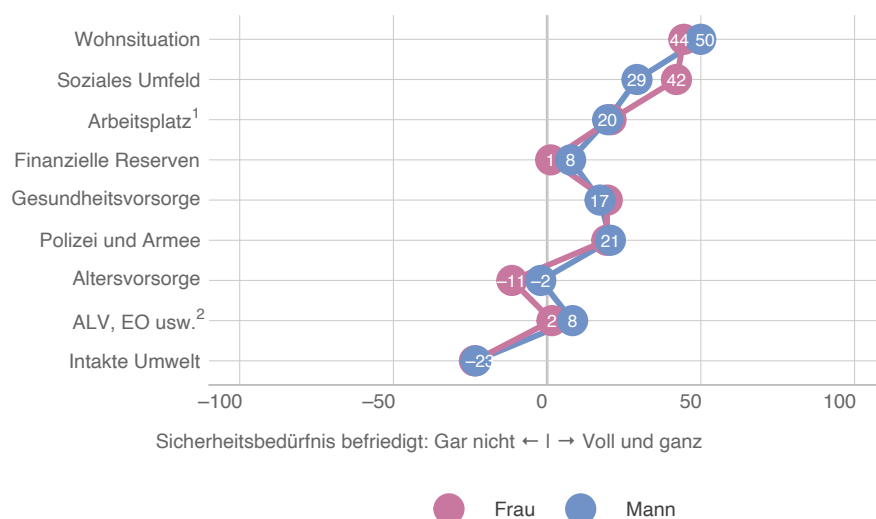
² ALV = Arbeitslosenversicherung, EO = Erwerbsersatzordnung

Bilanz zwischen «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis *voll und ganz* befriedigt?» und «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis *gar nicht* befriedigt?» in Prozentpunkten

Kaum Unterschiede gibt bei der Aufschlüsselung des Sicherheitsbedürfnisses nach Geschlecht (Abb. 8). Männer und Frauen haben in den verschiedenen Bereichen ähnlich häufig ein deutliches Bedürfnis nach mehr Sicherheit oder fühlen sich vollständig abgesichert. Eine Ausnahme bildet wiederum die finanzielle

Absicherung, wengleich die Unterschiede gering ausfallen: Frauen fühlen sich in Bezug auf ihre Vorsorge im Alter und ihre finanziellen Reserven häufiger nicht gleich genügend abgesichert als Männer. Umgekehrt ist für Frauen das Sicherheitsbedürfnis im sozialen Umfeld um einiges besser befriedigt als für Männer.

Abbildung 8: Sicherheitsbedürfnis nach Bereichen – nach Geschlecht



¹ Pensionierte nicht berücksichtigt

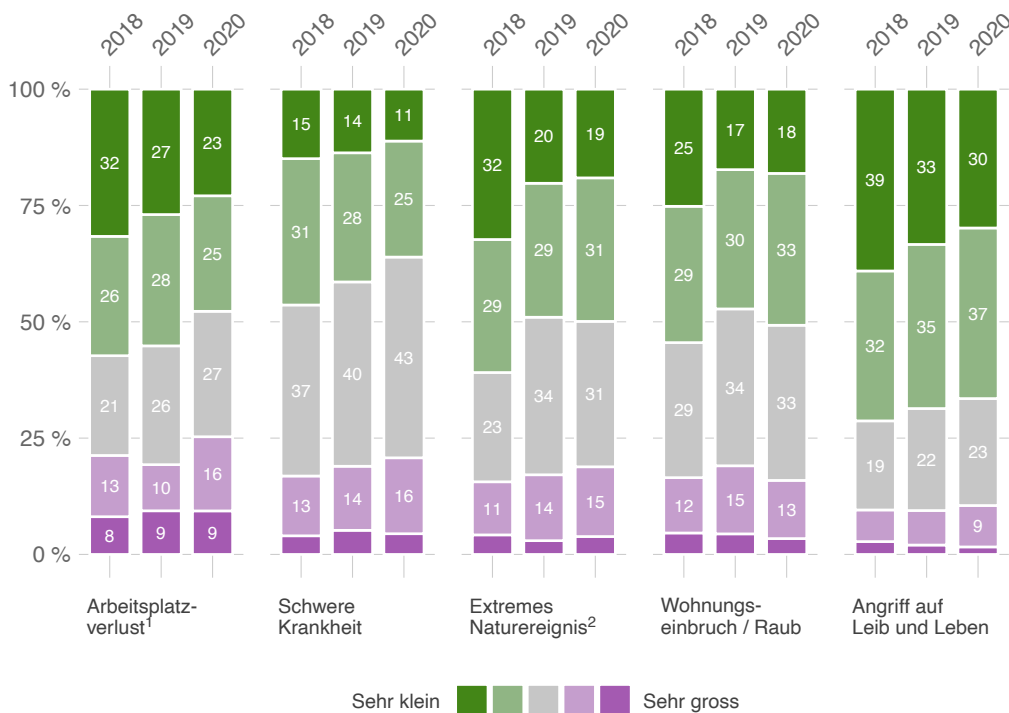
² ALV = Arbeitslosenversicherung, EO = Erwerbsersatzordnung

Bilanz zwischen «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis *voll und ganz* befriedigt?» und «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis *gar nicht* befriedigt?» in Prozentpunkten

1.3 Einschätzung zukünftiger Risiken

Die im Juni 2020 beobachtbare Verunsicherung in Bezug auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes zeigt sich auch in der Einschätzung zukünftiger Risiken. 2020 hat die Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren, in der Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr zugenommen: Ein Viertel der Erwerbsbevölkerung befürchtet, dass sie in den nächsten zehn Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren könnte (Abb. 9). 2019 lag dieser Wert noch bei 19 Prozent. Interessanterweise ist die Sorge in den nächsten Jahren schwer zu erkranken, gegenüber dem Vorjahr kaum gestiegen. Nach wie vor geht rund jede fünfte Person von einem grossen Risiko aus, in den nächsten zehn Jahren schwer zu erkranken. Ähnlich häufig ist die Befürchtung verbreitet, Opfer eines extremen Naturereignisses zu werden (19 Prozent). Im Vergleich zum Jahr 2019 ist die Furcht vor einem Wohnungseinbruch oder Raub in diesem Jahr in der Bevölkerung weniger ausgeprägt (16 Prozent, –3 Prozentpunkte). Am wenigsten befürchtet die Bevölkerung allerdings nach wie vor, Opfer eines Angriffs auf Leib und Leben zu werden (11 Prozent).

Abbildung 9: Risikoeinschätzung



¹ Pensionierte nicht berücksichtigt
² Exklusive Pandemie

«Wie schätzen Sie die Gefahr ein, von folgenden Ereignissen in den nächsten zehn Jahren in der Schweiz betroffen zu sein?»

Wie korrespondiert die Gefahreinschätzung einer möglichen mit der tatsächlichen Wahrscheinlichkeit, von einem entsprechenden Ereignis betroffen zu sein? Abbildung 10 stellt die Einschätzung, in den nächsten zehn Jahren von einer bestimmten Gefahr betroffen zu sein (horizontale Achse), der tatsächlichen Betroffenheit in den vergangenen zehn Jahren gegenüber (vertikale Achse). Die Abbildung zeigt, dass bezüglich Wohnungseinbruch und Raub die Zukunftserwartungen am ehesten mit den Verhältnissen in der Vergangenheit übereinstimmen. Die Werte liegen nahe an der 1/1-Diagonale. Für die weiteren Gefahren liegt die erwartete, zukünftige Betroffenheit über der tatsächlichen der letzten zehn Jahre. Wie in den Erhebungen der Vorjahre beobachtbar, wird vor allem die Gefahr auf Leib und Leben als deutlich höher eingeschätzt (11 Prozent), als sie in der Vergangenheit tatsächlich war (6 Prozent). Noch stärker weicht diese Einschätzung ab bei der Gefahr, von einem extremen Naturereignis betroffen zu sein: Das Verhältnis zwischen erwartetem (19 Prozent) und vergangenem Betroffenheitsgrad (6 Prozent) liegt bei über zwei zu eins. In dieser Divergenz spiegelt sich die Ansicht eines Grossteils der Bevölkerung, dass extreme Naturereignisse künftig zunehmen werden: So zeigt sich, dass in der aktuellen Erhebung 80 Prozent der Befragten erwarten, dass in den nächsten zehn Jahren extreme

Naturereignisse wie starke Unwetter oder Hochwasser häufiger sein werden (nicht in der Abbildung).

Im Gegensatz zum Vorjahr schätzen die Befragten im Juni 2020 die Gefahr, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, höher ein (25 Prozent), als es die Zahl zur tatsächliche Betroffenheit in der Vergangenheit wiedergibt (21 Prozent).² Ebenso vermutet die Bevölkerung in der aktuellen Erhebung, künftig häufiger an einer schweren Krankheit zu erkranken, als dies ihre Erfahrung der letzten zehn Jahre gezeigt hat.

Abbildung 10: Betroffenheit und Einschätzung von Gefahren



Betroffenheit in den vergangenen zehn Jahren: «Von welchen der folgenden Vorfälle waren Sie selber in den vergangenen zehn Jahren in der Schweiz betroffen?»

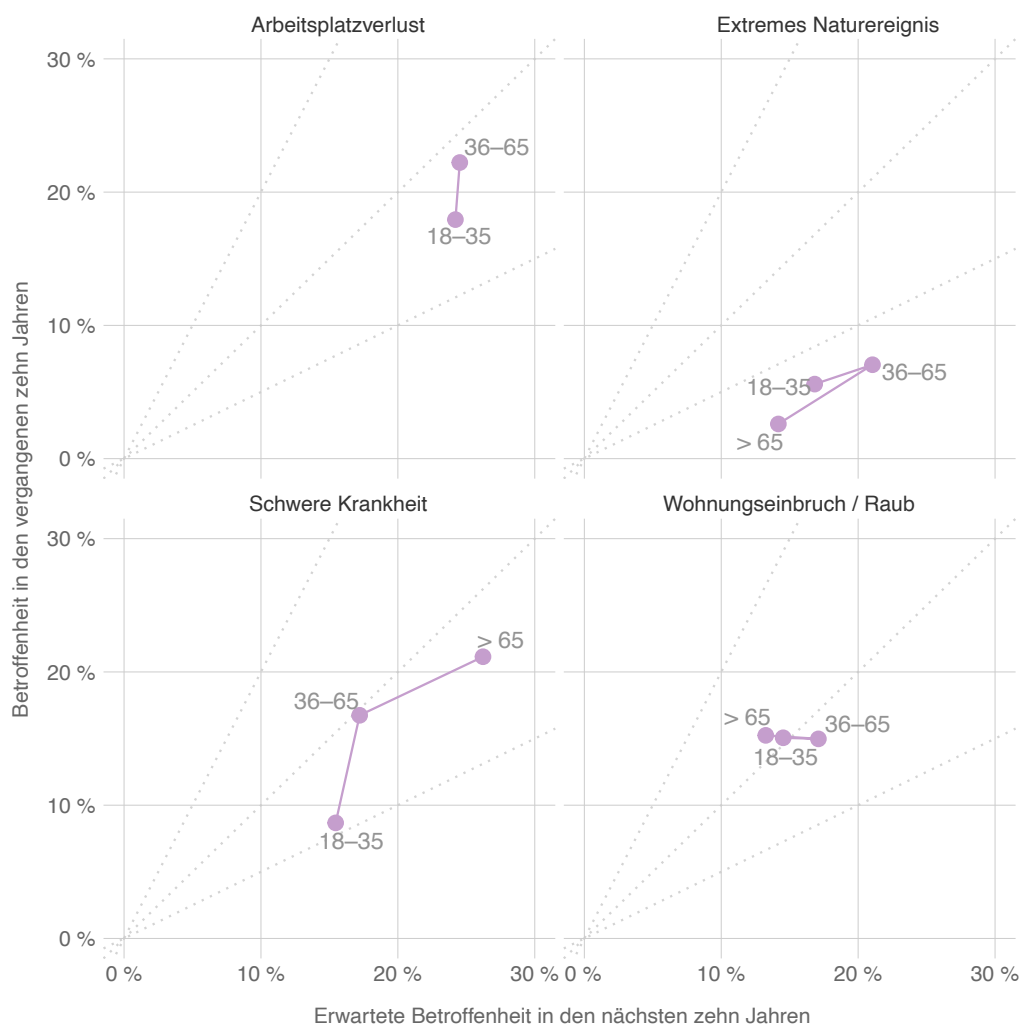
Erwartete Betroffenheit in den nächsten zehn Jahren: «Wie schätzen Sie die Gefahr ein, von folgenden Ereignissen in den nächsten zehn Jahren in der Schweiz betroffen zu sein?»

Von Interesse sind die Betroffenheit und die Einschätzung auch unter Berücksichtigung des Alters der befragten Personen (Abb. 11). Die erwartete Betroffenheit eines Arbeitsplatzverlusts ist bei jungen Erwachsenen ähnlich hoch wie bei den 36- bis 65-Jährigen. Allgemein gehen diese Altersgruppen häufiger davon aus, dass sich die Welt im Vergleich zu ihren bisherigen Erfahrungen deutlich ändern

²vgl. Sicherheitsmonitor 2019. <https://www.svv.ch/de/der-svv/svv-publikationen/weitere-publikationen/svv-sicherheitsmonitor>

wird – Im Gegensatz zu den Personen im Rentenalter. Mit Ausnahme der Einschätzung, zukünftig schwer zu erkranken, sind dagegen bei den über 65-jährigen Zukunftserwartungen verbreiteter, die der eigenen Vergangenheit gleichen.

Abbildung 11: Betroffenheit und Einschätzung von Gefahren – nach Altersgruppen



Betroffenheit in den vergangenen zehn Jahren: «Von welchen der folgenden Vorfälle waren Sie selber in den vergangenen zehn Jahren in der Schweiz betroffen?»

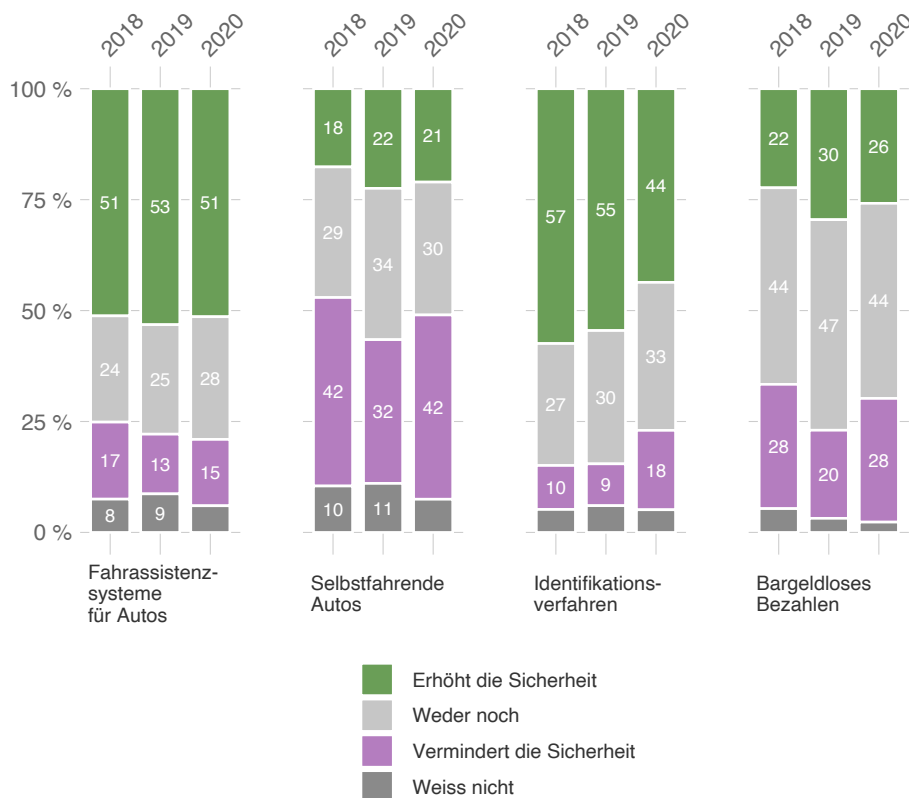
Erwartete Betroffenheit in den nächsten zehn Jahren: «Wie schätzen Sie die Gefahr ein, von folgenden Ereignissen in den nächsten zehn Jahren in der Schweiz betroffen zu sein?»

1.4 Technologischer Wandel und Sicherheit

Der technologische Wandel und die Digitalisierung schreiten voran. Wie beurteilt die Schweizer Bevölkerung diese Entwicklung? In dieser Studie richtet sich der Fokus dabei nicht auf das ganze Spektrum des durch die Digitalisierung getriebenen Wandels, sondern auf Bereiche, die unmittelbar mit dem Thema Sicherheit in Verbindung stehen.

Durch Fahrassistenzsysteme und selbstfahrende Autos verschieben sich Verantwortung und Kontrolle über Sicherheitsprozesse vom Menschen weg und hin zu automatisierten Systemen. Für rund die Hälfte der Befragten erhöhen dabei Fahrassistenzsysteme wie Notbrems- und Geschwindigkeitsassistent oder Müdigkeitswarner die Sicherheit (Abb. 12). Seit 2018 hat sich an der Haltung der Bevölkerung gegenüber diesen zunehmend verbreiteten Systemen kaum etwas geändert. Eher Sicherheitsbedenken hat die Bevölkerung gegenüber selbstfahrenden Autos: Für 42 Prozent vermindern selbstfahrende Autos die Sicherheit. Die Bevölkerung ist gegenüber dieser Technologie in der diesjährigen Erhebung wieder deutlicher skeptischer eingestellt als noch im Jahr 2019.

Abbildung 12: Einschätzung der Sicherheit von technologischen Entwicklungen



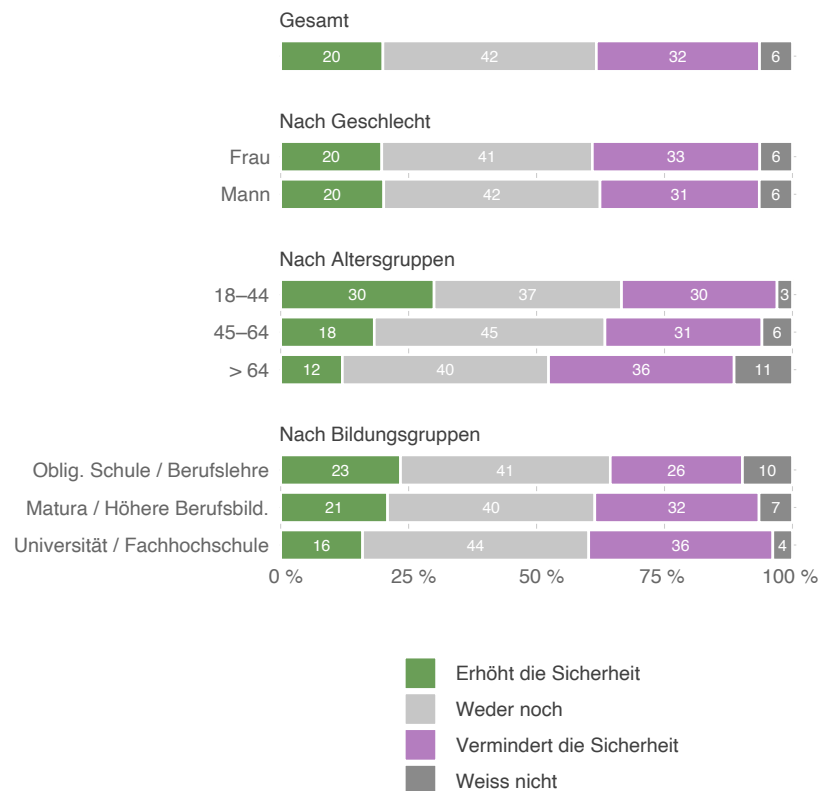
«Wie stufen Sie folgende Entwicklungen und / oder technische Möglichkeiten mit fortschreitender Digitalisierung bezüglich der Sicherheit ein?»

Auch in Bezug auf andere digitale Technologien wie bargeldlose Zahlungsmittel und digitale Identifikationsverfahren ist die Bevölkerung 2020 im Vergleich zum Vorjahr kritischer eingestellt – dies obwohl nach wie vor eine Mehrheit bei beiden Technologien kein erhöhtes Sicherheitsrisiko erkennt: Im Allgemeinen ist die Bevölkerung im Jahr 2020 der Ansicht, dass digitale Identifikationsverfahren wie Gesichtserkennung oder Fingerabdruckscanner die Sicherheit eher erhöhen

(44 Prozent) oder zumindest nicht vermindern (33 Prozent). Etwas skeptischer sind die Befragten gegenüber dem Sicherheitsnutzen von bargeldlosen Zahlungsmitteln, sei es nun per Karte oder per App: Für 44 Prozent ist der bargeldlose Zahlungsverkehr gleich sicher wie das Bezahlen mit Bargeld. Nur für rund ein Viertel der Bevölkerung erhöht die Verwendung dieser Technologie die Sicherheit; ähnlich häufig erkennen die Befragten dagegen auch ein erhöhtes Sicherheitsrisiko (28 Prozent).

Im März 2020 hat der Bundesrat aufgrund der Corona-Ansteckungsgefahr die Bevölkerung dazu aufgerufen, sofern möglich, von zuhause aus zu arbeiten. Vermindert nach Ansicht der Bevölkerung Homeoffice die Sicherheit, weil beispielsweise Mitarbeitende von zuhause aus auf das Firmennetzwerk zugreifen oder vertrauliche Gespräche via Videokonferenzen führen? Rund ein Drittel der Bevölkerung ist der Ansicht, dass durch das Homeoffice die Sicherheit sinkt. 42 Prozent sind der Ansicht, dass es in Bezug auf die IT-Sicherheit keine Rolle spielt, von wo aus gearbeitet wird (Abb. 13).

Abbildung 13: Einschätzung der Sicherheit von technologischen Entwicklungen – Homeoffice



«Wie stufen Sie folgende Entwicklungen und / oder technische Möglichkeiten mit fortschreitender Digitalisierung bezüglich der Sicherheit ein?» «Arbeiten im Homeoffice (z. B. Zugriff auf Unternehmensnetzwerke von zu Hause aus, vertrauliche Sitzungen via Videokonferenzen)»

Deutliche Unterschiede bei der Einschätzung der IT-Sicherheit gibt es je nach Alter und Ausbildung der Befragten. Personen im Rentenalter haben häufiger Sicherheitsbedenken (37 Prozent) als Personen im erwerbsfähigen Alter (31 Prozent bzw. 30 Prozent), wobei vor allem die jungen Erwachsenen diesen Technologien vertrauen (30 Prozent). Ebenso nehmen die Bedenken mit zunehmendem Bildungsniveau zu: Mehr als jede dritte Person mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss hat Bedenken, dass die Arbeit von zuhause aus zu einem Sicherheitsrisiko werden könnte. Keine Unterschiede zeigen sich dagegen nach Geschlecht.

2 Vorsorge: Erwartungen und Verhalten

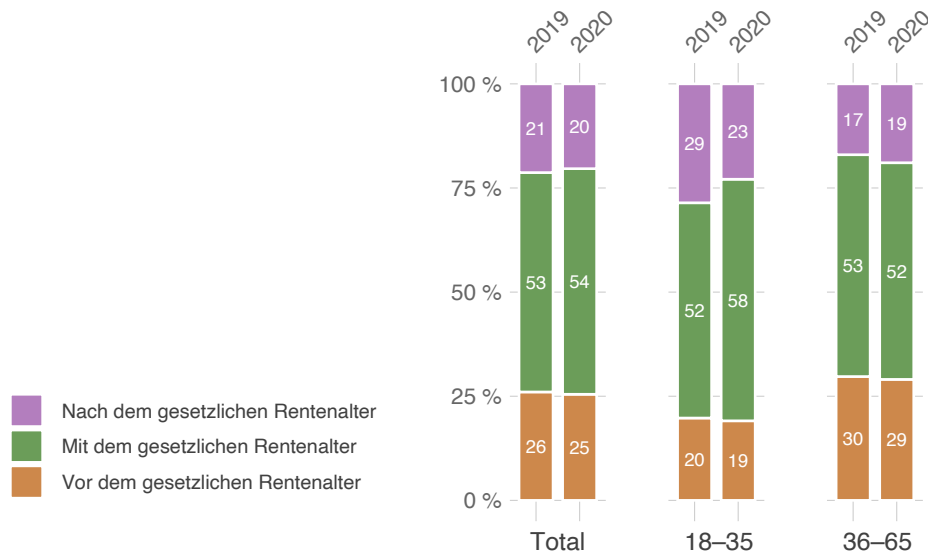
Die Altersvorsorge bereitet der Schweizer Bevölkerung auch im Jahr 2020 Sorgen: Fast jede dritte Person fühlt sich in Bezug auf ihre Vorsorge gar nicht abgesichert (vgl. Abb. 5). Zum zweiten Mal in Folge beschäftigt sich der Sicherheitsmonitor deshalb mit dieser Thematik.

2.1 Zeitpunkt der Pensionierung

Die Schweizer Bevölkerung wird immer älter: Einerseits steigt die Lebenserwartung, andererseits kommen im Vergleich zu den 1960er-Jahren weniger Kinder zur Welt. Dadurch verändert sich das Verhältnis zwischen dem Anteil der Personen im Rentenalter gegenüber der Altersgruppe der Erwerbstätigen. 2018 lag der Altersquotient, der das Verhältnis von über 64-Jährigen zu 20- bis 64-Jährigen spiegelt, bei 30 Prozent.³ Dieser Quotient wird in nächster Zeit noch weiter ansteigen aufgrund der Tatsache, dass aktuell die geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten «Babyboomer-Generation» in den Ruhestand treten. Der Effekt der demografischen Alterung auf die Altersvorsorge liesse sich abfedern, wenn mehr Menschen über das gesetzliche Rentenalter hinaus arbeiten – andererseits wird er im Gegenzug verschärft, wenn sich weiterhin viele Menschen frühzeitig pensionieren lassen.

2020 beabsichtigt etwas mehr als die Hälfte der 18- bis 65-jährigen Personen, mit dem gesetzlichen Rentenalter in den Ruhestand zu treten (Abb. 14). Jede fünfte Person plant, über das gesetzliche Rentenalter hinaus zu arbeiten. Ein Viertel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter denkt hingegen an eine frühzeitige Pensionierung. Gegenüber dem Vorjahr gehen 2020 junge Erwachsene weniger häufig davon aus, dass sie nach dem gesetzlichen Rentenalter in den Ruhestand treten werden. Allerdings kann dieser tiefere Wert auch damit zusammenhängen, dass jüngere Generationen zunehmend davon überzeugt sind, dass das gesetzliche Rentenalter bereits erhöht sei wird, wenn sie das Pensionsalter erreichen.

³vgl. Bundesamt für Statistik (BFS): <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohlfahrtsmessung/alle-indikatoren/gesellschaft/altersquotient.html>

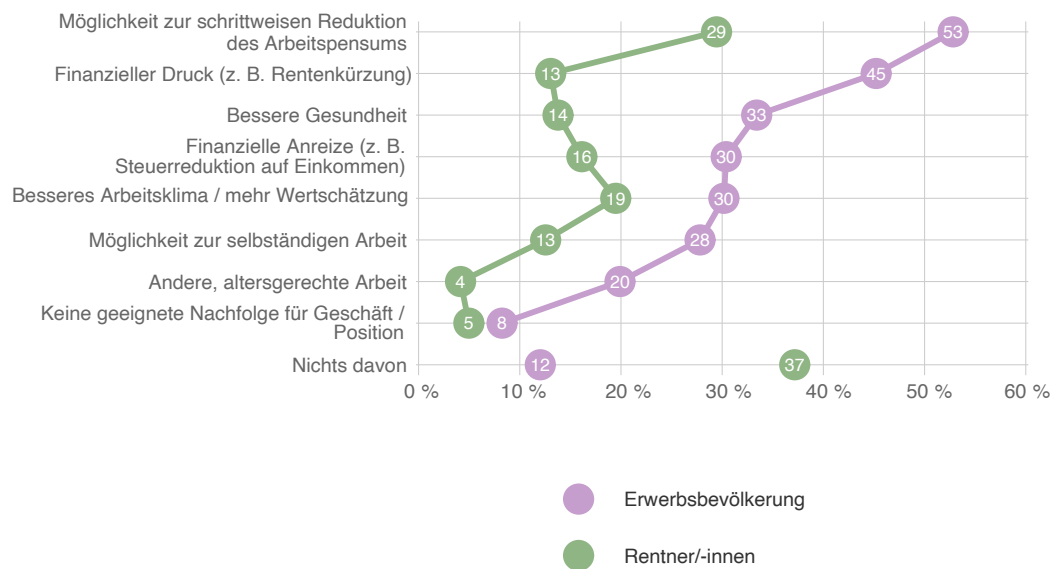
Abbildung 14: Voraussichtliches persönliches Pensionsalter – nach Altersgruppen

«Was denken Sie, wann lassen Sie sich pensionieren?»

Nach Ansicht der Erwerbsbevölkerung wäre vor allem die Möglichkeit, das Arbeitspensum schrittweise zu reduzieren, ein Anreiz dafür, den Gang in den Ruhestand nach hinten zu verschieben (53 Prozent, Abb. 15).⁴ Andere Aspekte der Arbeitssituation wie mehr Wertschätzung und selbständigeres Arbeiten würden ihrer Ansicht nach dagegen weniger dazu führen, dass sie länger im Erwerbsleben blieben. Vergleichsweise häufig schliesst die Erwerbsbevölkerung nicht aus, dass sie aufgrund von finanziellem Druck etwa infolge von Rentenkürzungen mit ihrer Pensionierung zuwarten könnte (45 Prozent).

Gegenüber der Bevölkerung im Erwerbsalter sind Rentnerinnen und Rentner häufiger der Ansicht, dass keiner der erfragten Faktoren tatsächlich ein Argument für eine spätere Pensionierung war oder gewesen wäre, hätte die Möglichkeit bestanden (37 Prozent). Wie für die Erwerbstätigen wäre oder war auch für sie rückblickend vor allem die Option zur schrittweisen Reduktion des Arbeitspensums Anlass dafür, länger im Erwerbsleben zu bleiben (29 Prozent). Deutlich weniger oft nennen sie dagegen den finanziellen Druck als mögliches oder tatsächliches Argument für eine spätere Pensionierung (13 Prozent).

⁴Zur Erwerbsbevölkerung zählen alle Menschen im erwerbsfähigen Alter. In der vorliegenden Studie umfasst dies die Altersklassen der 18- bis 64-Jährigen ohne frühpensionierte Personen.

Abbildung 15: Faktoren für spätere Pensionierung

Erwerbsbevölkerung: «Welche Faktoren könnten dazu beitragen, dass Sie länger als vorgesehen arbeiten?»
Rentner/-innen: «Welche Faktoren hätten bei Ihnen zu einer späteren Pensionierung beigetragen?»

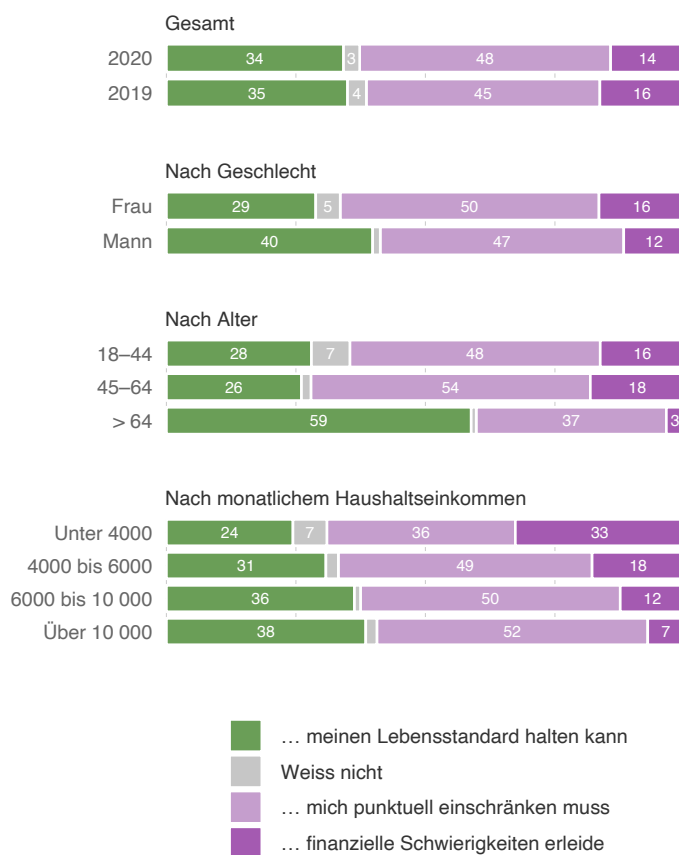
Die Bewertung der verschiedenen Gründe durch die gesamte Erwerbsbevölkerung ist nur bedingt aussagekräftig, da die verschiedenen Argumente für einen späteren Übertritt in den Ruhestand an Bedeutung verlieren, je näher das gesetzliche Rentenalter rückt (Abb. 16). Interessant ist deshalb vor allem die Einschätzung derjenigen Personen, die kurz vor der Pensionierung stehen. Eine schrittweise Reduktion des Arbeitspensums ist nach Ansicht der älteren Erwerbsbevölkerung im Vergleich zu den unter 55-Jährigen weniger ein Grund, weshalb sie mit ihrer Pensionierung zuwarten könnten. Dennoch sind immerhin 41 Prozent der 55- bis 64-Jährigen der Meinung, dass diese Option bei ihnen zu einer späteren Pensionierung führen könnte. Auch die diesjährige Befragung zeigt damit, dass der weniger im Fokus der Debatte stehende graduelle Übertritt in den Ruhestand ein erfolgsversprechender Ansatz sein könnte, die Erwerbsphase verlängern.

Abbildung 16: Faktoren für spätere Pensionierung – nach Altersgruppen

Erwerbsbevölkerung: «Welche Faktoren könnten dazu beitragen, dass Sie länger als vorgesehen arbeiten?»,
Rentner/-innen: «Welche Faktoren hätten bei Ihnen zu einer späteren Pensionierung beigetragen?»

2.2 Einschätzungen zur eigenen Altersrente

Die Erwerbsbevölkerung zählt folglich den finanziellen Druck zu den Hauptgründen für eine allfällige Pensionierung erst nach dem gesetzlichen Rentenalter. Dies wird auch dadurch untermauert, dass nur etwa jede vierte Person im erwerbsfähigen Alter annimmt, dass sie ihren Lebensstandard nach der Pensionierung halten kann (vgl. Abb. 17). Rund jede zweite 18- bis 64-jährige Person geht zumindest von partiellen Einschränkungen aus. 16 Prozent der 18- bis 44-Jährigen und 18 Prozent der 45- bis 64-Jährigen befürchten gar, dass sie im Alter finanzielle Schwierigkeiten haben werden.

Abbildung 17: Eigene finanzielle Aussichten im Rentenalter

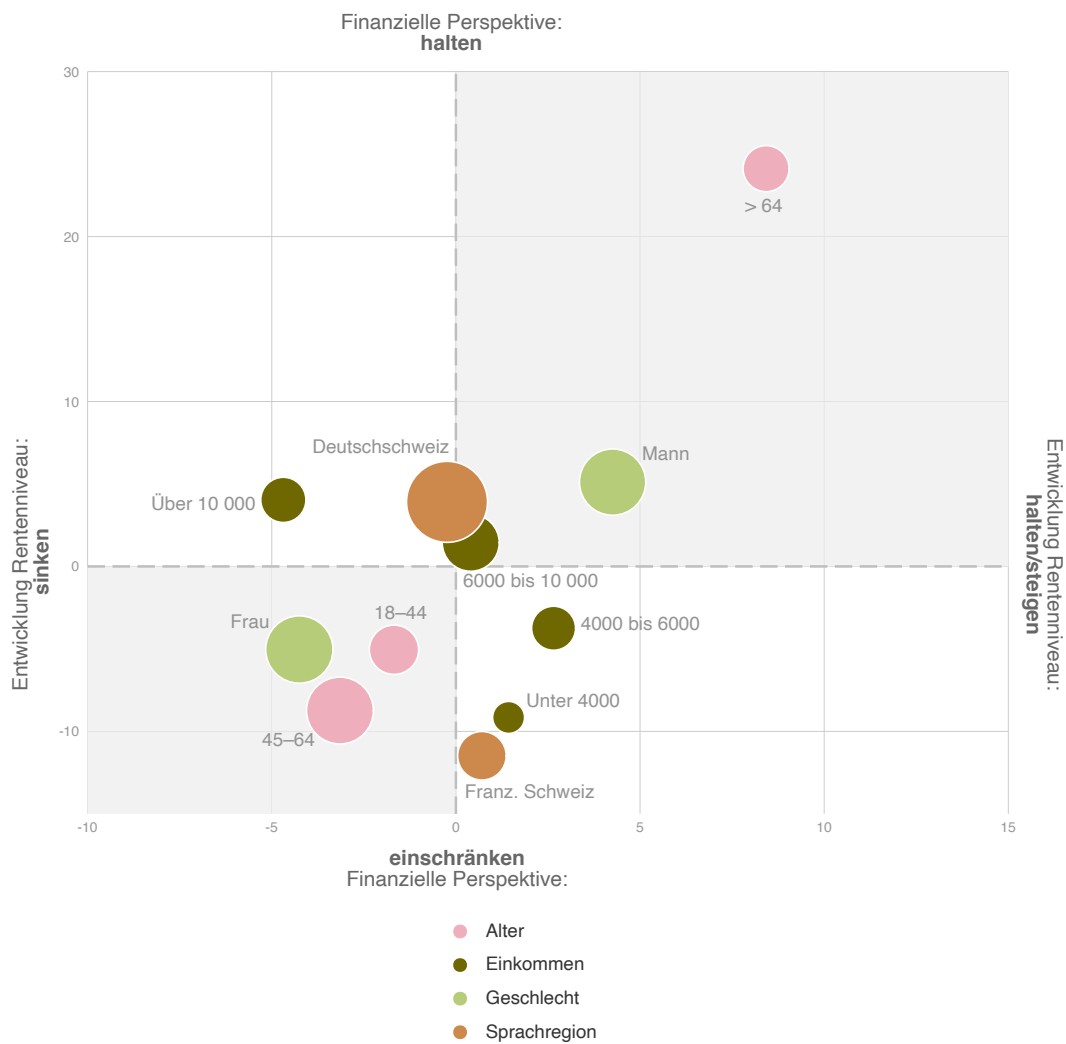
«Wie beurteilen Sie Ihre eigenen finanziellen Aussichten für das Rentenalter? Ich gehe davon aus, dass ich ...» bzw. bei Rentner/-innen: «Wie beurteilen sie ihre eigenen finanziellen Aussichten? Ich gehe davon aus, dass ich ...»

Im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung geben Personen, die das Rentenalter bereits erreicht haben, bedeutend häufiger an, dass sie ihren gewohnten Lebensstil weiterführen können: 59 Prozent sind der Ansicht, dass sie ihren Lebensstandard halten können, 37 Prozent gehen von punktuellen Einschränkungen aus. Die Einschätzung der finanziellen Perspektiven über die verschiedenen Altersgruppen bleibt damit gegenüber dem Vorjahr konstant.

Abbildung 18 stellt die Einschätzung zur allgemeinen Entwicklung des Rentenniveaus (horizontale Achse) der individuellen finanziellen Perspektive gegenüber (vertikale Achse). Nach Alter und Geschlecht zeigt sich, dass Bevölkerungsgruppen, die vergleichsweise häufig von sinkenden Renten ausgehen, auch überdurchschnittlich häufig der Ansicht sind, dass sie sich im Alter zumindest teilweise werden einschränken müssen. So sind 45- bis 64-Jährige überdurchschnittlich häufig der Ansicht, dass in Zukunft der Betrag aus der obligatorischen Altersvorsorge geringer ausfallen wird. Entsprechend rechnen sie eher als der Schnitt damit, ihren Lebensstandard zumindest punktuell nicht halten zu können. Anders verhält

es sich dagegen bei einer Einschätzung nach Einkommen: Hohe Einkommen gehen vergleichsweise häufig von sinkenden Renten aus, rechnen aber eher selten mit einem tieferen Lebensstandard im Alter. Dies mag unter anderem damit zusammenhängen, dass diese Bevölkerungsgruppe ihre Altersvorsorge vermehrt auf der privaten Vorsorge aufbaut.

Abbildung 18: Finanzielle Perspektive und Einschätzung Rentenentwicklung



Finanzielle Perspektive: «Wie beurteilen Sie Ihre eigenen finanziellen Aussichten (für das Rentenalter)?
Entwicklung Rentenniveau: «Wie beurteilen Sie insgesamt die künftige Entwicklung der Renten in der Schweiz?», Abweichung vom Bevölkerungsdurchschnitt in Prozentpunkten

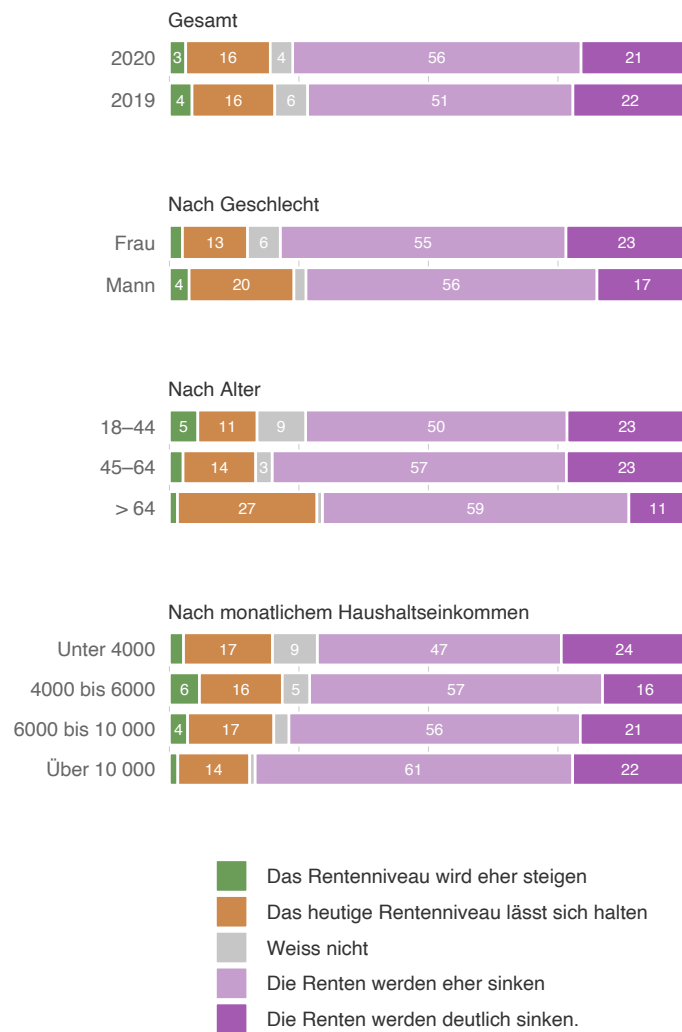
3 Herausforderung Altersvorsorge

3.1 Entwicklung des Rentenniveaus

Durch die demografische Alterung der Schweizer Bevölkerung wird die Stabilität des Dreisäulensystems in Frage gestellt. Das veränderte Verhältnis zwischen aktiver Erwerbsbevölkerung und Rentnerinnen und Rentnern belastet dabei vor allem die erste Säule. Gleichzeitig setzen die höhere Lebenserwartung bzw. die längere Rentenbezugsdauer, die aussergewöhnlich tiefen Zinsen und der gesetzlich verankerte überhöhte Umwandlungssatz die zweite Säule unter Druck. Wie schätzt die Bevölkerung die künftige allgemeine Entwicklung des Rentenniveaus und deren Auswirkungen auf die eigenen finanziellen Perspektiven ein?

Gegenüber 2019 hat die pessimistische Einschätzung der Rentenentwicklung weiter zugenommen: 77 Prozent der Schweizer Bevölkerung gehen in diesem Jahr davon aus, dass die Renten sinken werden. Das sind vier Prozentpunkte mehr als im Vorjahr (Abb. 19). Für eine Mehrheit dieser Bevölkerungsgruppe hat die Corona-Krise die Situation weiter verschärft (59 Prozent, nicht in Abbildung). Wie schon im Jahr 2019 rechnen 16 Prozent damit, dass sich das heutige Rentenniveau halten lässt. Kaum jemand denkt allerdings, dass die Renten steigen werden (3 Prozent).

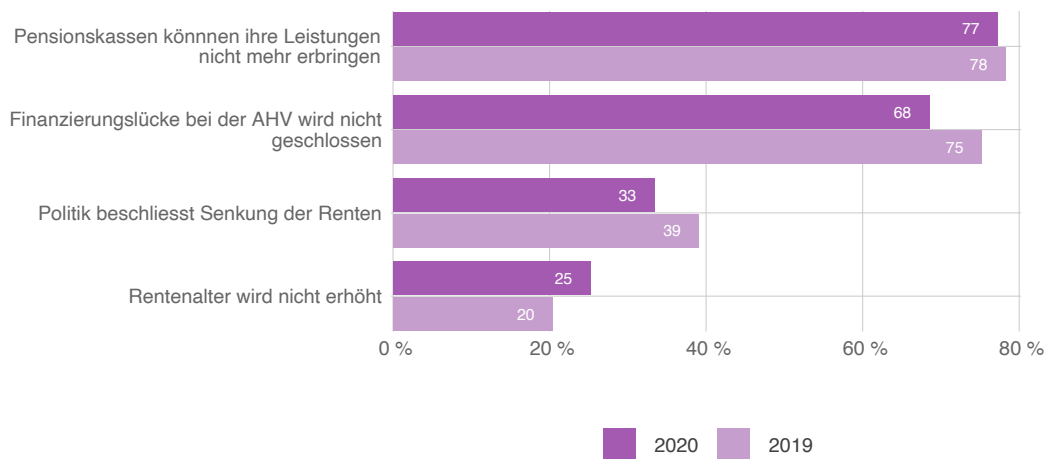
Die Ansicht, dass das Rentenniveau sinken wird, überwiegt in sämtlichen Bevölkerungsgruppen. In der Bevölkerung im Rentenalter ist allerdings die Ansicht, dass das Rentenniveau gehalten werden kann, weiter verbreitet (27 Prozent) als in der Erwerbsbevölkerung (11 Prozent bzw. 14 Prozent). Unter den 18- bis 44-Jährigen, wie auch bei Personen mit einem monatlichen Einkommen von unter 4000 Franken, besteht dagegen eine grössere Unsicherheit, wie sie die Entwicklung einschätzen sollen (je 9 Prozent). Wie in Kapitel 1 erwähnt, zählen zu den einkommensschwachen Personen häufig junge Leute in Ausbildung.

Abbildung 19: Künftige Entwicklung der Renten in der Schweiz

«Wie beurteilen Sie insgesamt die künftige Entwicklung der Renten in der Schweiz?»

Befragte, die davon ausgehen, dass das Rentenniveau in Zukunft insgesamt sinken wird, begründen ihre pessimistische Einschätzung am häufigsten damit, dass die Pensionskassen zukünftig ihre Leistungen nicht mehr erbringen können (77 Prozent, Abb. 20). 68 Prozent sind der Ansicht, dass die Renten sinken werden, weil bei der ersten Säule die Finanzierungslücke nicht geschlossen werden kann. Für ein Drittel der Personen wird in Zukunft der Betrag aus der obligatorischen Altersvorsorge geringer ausfallen, weil die Politik die Renten senken wird, für ein Viertel, weil das Rentenalter nicht erhöht wird. Im Vergleich zum Vorjahr begründen damit Personen, die von sinkenden Renten ausgehen, ihre Einschätzung aktuell etwas weniger häufig mit der Finanzierungslücke in der AHV (–7 Prozentpunkte) oder durch eine allgemeine Senkung der Renten (–6 Prozentpunkte). Dagegen ist die Ansicht verbreiteter, dass das Rentenalter nicht erhöht wird (+5 Prozentpunkte).

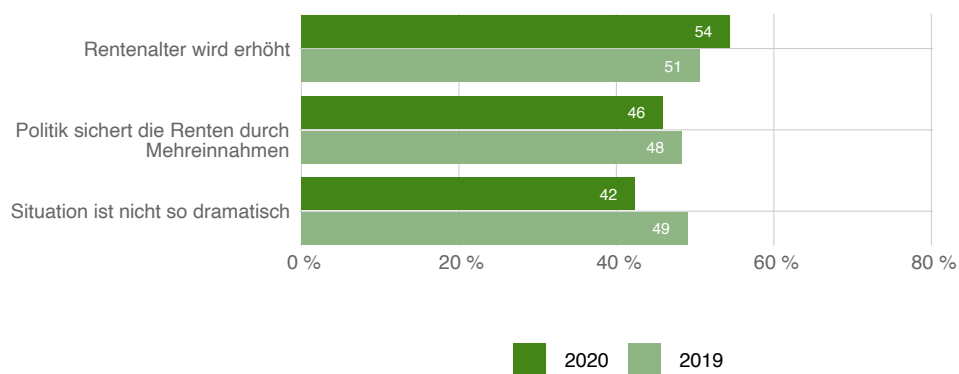
Abbildung 20: Gründe für ein sinkendes Rentenniveau



«Warum gehen Sie von einem sinkenden Rentenniveau aus?»

Mehr als jede zweite Person, die von zukünftig stabilen bis steigenden Renten ausgeht, baut ihre Einschätzung auf der Annahme, dass das Rentenalter erhöht wird (54 Prozent, Abb. 21), 46 Prozent darauf, dass Mehreinnahmen generiert werden. Die Einschätzung, dass die Situation nicht so dramatisch ist, hat gegenüber dem Vorjahr deutlich abgenommen; nur noch 42 Prozent nehmen diese optimistische Haltung ein (–7 Prozentpunkte).

Abbildung 21: Gründe für ein stabiles bis steigendes Rentenniveau



«Warum gehen Sie von einem stabilen oder steigenden Rentenniveau aus?»

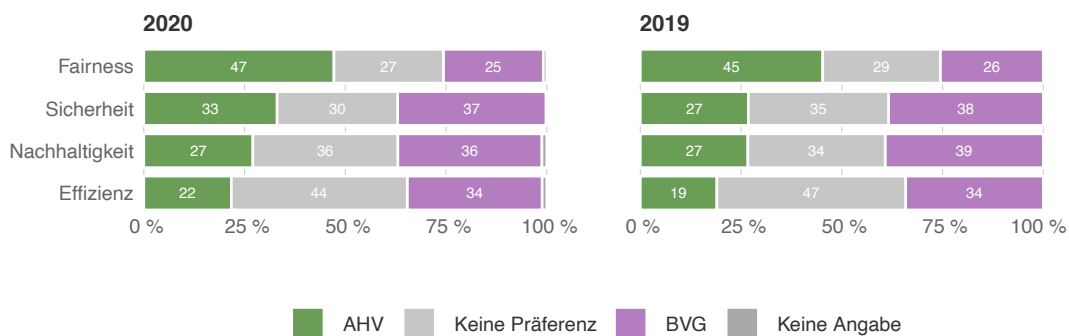
3.2 Kapital- und Umlageverfahren im Vergleich

Als erste Säule der Altersvorsorge beruht die Eidg. Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) auf dem Umlageverfahren. Das bedeutet, dass die Erwerbsbevölkerung für die Renten der pensionierten Bevölkerung aufkommt. Das System

sorgt auch für einen gewissen Ausgleich zwischen Arm und Reich, da Versicherte mit hohem Einkommen unbegrenzte Beiträge an die AHV zahlen, während der Rentenanspruch nach oben begrenzt ist. Die berufliche Vorsorge als zweite Säule (BVG) beruht dagegen auf dem Kapitaldeckungsverfahren. Hier sparen alle individuell für ihre eigene Altersrente. Welche positiven Eigenschaften werden mit diesen beiden Verfahren in Verbindung gebracht?

Die Schweizer Bevölkerung verbindet drei der vier abgefragten positiven Eigenschaften eher mit der zweiten als mit der ersten Säule (Abb. 22): Sie erachtet das Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule häufiger als sicher (37 Prozent), nachhaltig (36 Prozent) und effizient (34 Prozent) als das Umlageverfahren der ersten Säule. Dagegen schätzt die Bevölkerung den in der AHV enthaltenen Transfer zwischen Jung und Alt sowie zwischen gut und weniger gut Verdienenden als fair ein (47 Prozent). Die Beurteilung der beiden Verfahren hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr nur marginal verändert. Einzig bei der Frage nach der Sicherheit, schneidet die AHV um einiges besser ab als bei den Ergebnissen 2019 (33 Prozent, +6 Prozentpunkte).

Abbildung 22: Begriffe, die mit AHV und BVG verbunden werden



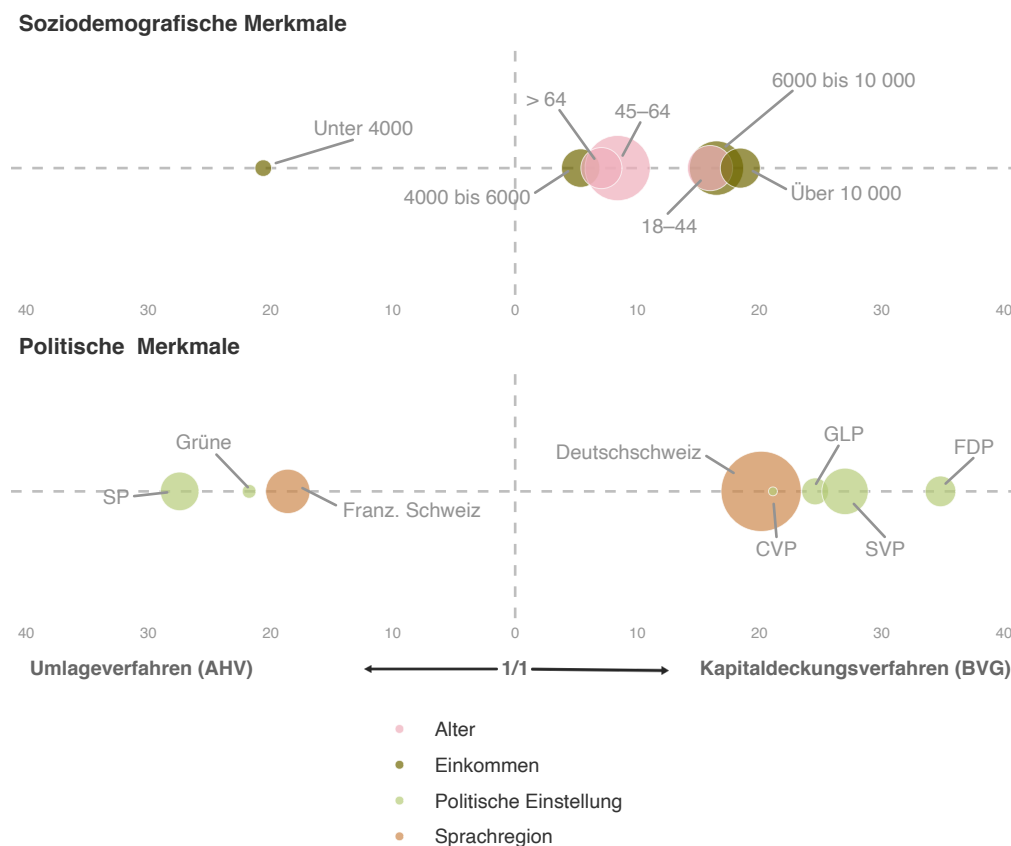
«Die obligatorische Altersvorsorge besteht aus zwei Säulen und zwei unterschiedlichen Vorsorgeprinzipien: Die erste Säule (AHV) beruht auf dem Umlageverfahren. Hier kommen die erwerbstätigen Jüngeren für die Renten der Älteren auf. Die zweite Säule (BVG, Pensionskasse) beruht auf dem Kapitaldeckungsverfahren. Hier sparen alle für ihre eigene Altersrente. Mit welchem der beiden Verfahren verbinden Sie die folgenden Begriffe?»

Bei der Frage, welches Finanzierungsverfahren in Zukunft ein grösseres Gewicht erhalten soll, bestätigt sich die Tendenz hin zum Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule: Für 38 Prozent der Bevölkerung soll dieses mehr Gewicht erhalten, 26 Prozent sprechen sich für das Umlageverfahren der AHV aus und 24 Prozent wünschen sich keine Veränderung (nicht in Abbildung).

Zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede (Abb. 23). In dieser Abbildung stehen dabei auf der linken Seite der horizontalen Achse jene Bevölkerungsgruppen, die das Umlageverfahren stärker gewichteten. Auf der rechten Seite befinden sich dagegen diejenigen Gruppen, die das Kapitaldeckungsverfahren präferieren. Je nach politischer Orientierung

bevorzugen Personen eine stärkere Gewichtung des Kapitaldeckungs- oder des Umlageverfahrens. Es ist insbesondere die Basis der FDP und zu einem geringeren Mass die der SVP und der GLP, welche eher einen Ausbau des Kapitaldeckungsverfahrens (BVG) bevorzugen. Dagegen präferieren Personen mit einer Nähe zu den beiden Linksparteien SP und Grüne den Ausbau des Umlageverfahrens. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch zwischen den Sprachregionen: Personen aus der Deutschschweiz sprechen sich eher für eine Stärkung des Kapitaldeckungs-, jene aus der französischsprachigen Schweiz eher für eine Stärkung des Umlageverfahrens aus.

Abbildung 23: Welches Finanzierungsprinzip soll zukünftig mehr Gewicht erhalten?



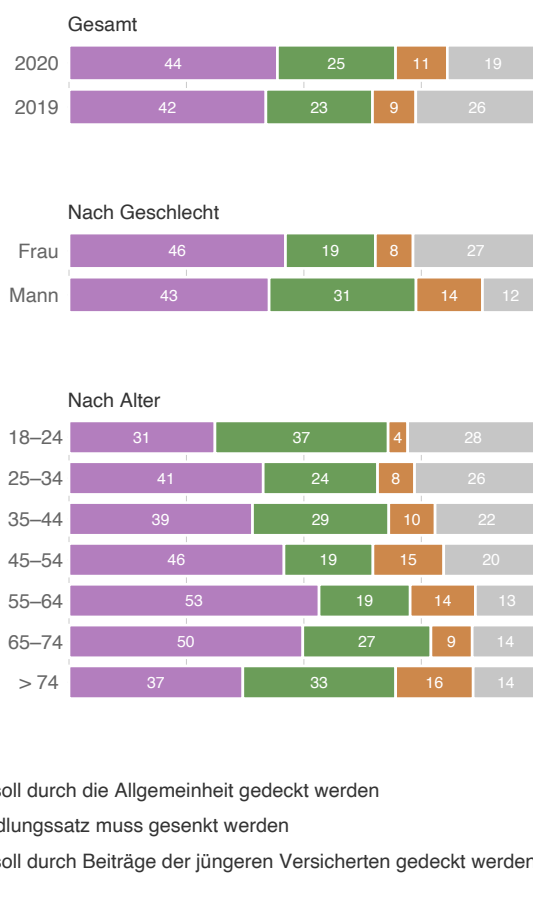
«Welches Prinzip der Rentenfinanzierung soll in Zukunft mehr Gewicht erhalten?» Absolute Differenz zwischen der Präferenz für das Kapitaldeckungsverfahren und der Präferenz für das Umlageverfahren in Prozentpunkten

3.3 Reformansätze in der obligatorischen Altersvorsorge

In der obligatorischen Altersvorsorge, das heisst in der ersten und zweiten Säule, besteht grosser Reformbedarf. Verschiedene Ansätze zur Reform von AHV und BVG wurden bereits in der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit diskutiert. Wie soll nach Ansicht der Bevölkerung das Schweizer Rentensystem wieder ins Gleichgewicht gebracht werden?

Mit der Lebenserwartung steigt die Rentenbezugsdauer. Durch die Anwendung des aktuellen Umwandlungssatzes (BVG 6.8 Prozent) entsteht allerdings in der beruflichen Vorsorge ein Finanzierungsmanko. 44 Prozent der befragten Personen sind der Ansicht, dass die Allgemeinheit das «Defizit» decken und für einen Ausgleich sorgen muss, 25 Prozent möchten eine Senkung des Umwandlungssatzes (Abb. 24). Nur 11 Prozent möchten das Defizit über die Beiträge der jungen Versicherten decken, was zu einer noch grösseren Umverteilung von Jung zu Alt und zudem zu einer Verlagerung vom Kapitaldeckungs- zum Umlageverfahren führen würde. Allerdings findet in der zweiten Säule eine massive Umlagerung bereits heute statt, da die bei der Pensionierung vorhandenen Altersguthaben nicht ausreichen, um die in Aussicht gestellten Renten zu finanzieren.

Abbildung 24: Umgang mit Defizit durch bisherigen Umwandlungssatz



«Der Umwandlungssatz bestimmt, wie viel des angesparten Pensionskassenguthabens (BVG) pro Jahr ausbezahlt wird. Da die Lebenserwartung stark gestiegen ist, entsteht durch die Anwendung des bisherigen Umwandlungssatzes (BVG 6.8 Prozent) ein Defizit. Wie soll damit umgegangen werden?»

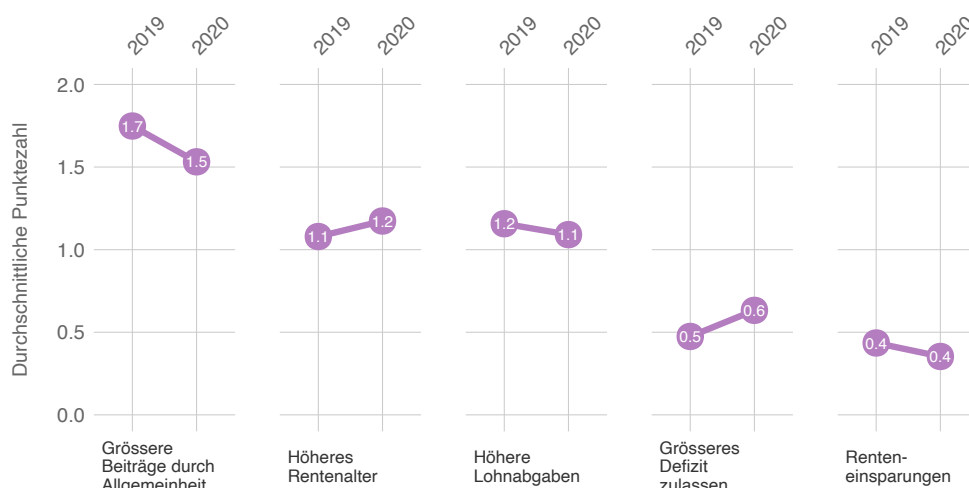
Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit die Haltung der Bevölkerung, wie mit diesem stets grösser werdenden Finanzierungsloch umgegangen werden soll bzw. wer für seine Deckung verantwortlich ist, nicht verändert. Die Bereitschaft, die

Unterdeckung auf die Gesamtbevölkerung abzuwälzen, ist auch 2020 über alle Bevölkerungsschichten vorhanden. Allerdings sehen die 18- bis 44-Jährigen im Vergleich zu den älteren aktiven Generationen die Senkung des Umwandlungssatzes häufiger als probates Mittel, um eine Deckung des Defizits zu erreichen. Auch bei der Bevölkerung im Rentenalter wird dieser Ansatz wieder häufiger vertreten. Allerdings wären diese, aufgrund des bis anhin für sie garantierten Umwandlungssatzes nicht davon betroffen. Ebenso ist eine Senkung des Umwandlungssatzes bei Personen mit einem hohen monatlichen Einkommen vergleichsweise beliebt.

Die demografische Alterung stellt auch die Finanzierung der umlagefinanzierten AHV vor Probleme. Welche Massnahmen sollen nach Ansicht der Bevölkerung ergriffen werden, um der Destabilisierung der ersten Säule entgegenzuwirken? Die Befragten konnten dabei frei fünf Punkte auf die fünf erfragten Massnahmen verteilen, die zur Schliessung der Finanzierungslücke in der AHV beitragen sollen.

Die Bevölkerung setzt ihre Schwerpunkte vor allem auf Massnahmen zur Erhöhung der Einnahmen (Abb. 25). Im Schnitt vergaben die befragten Personen 1.5 Punkte an den Lösungsansatz, die Finanzierungslücke durch grössere Beiträge der Allgemeinheit zu schliessen. Gegenüber dem Vorjahr hat dieser Ansatz für die Bevölkerung leicht an Bedeutung eingebüsst (-0.2 Punkte). Etwas weniger gewichten Personen eine Finanzierung durch ein höheres Rentenalter (1.2 Punkte) oder durch höhere Lohnabgaben (1.1 Punkte). Nach wie vor sieht die Bevölkerung die Lösung vergleichsweise selten in einem grösseren Defizit (0.6 Punkte) und in Renteneinsparung (0.4).

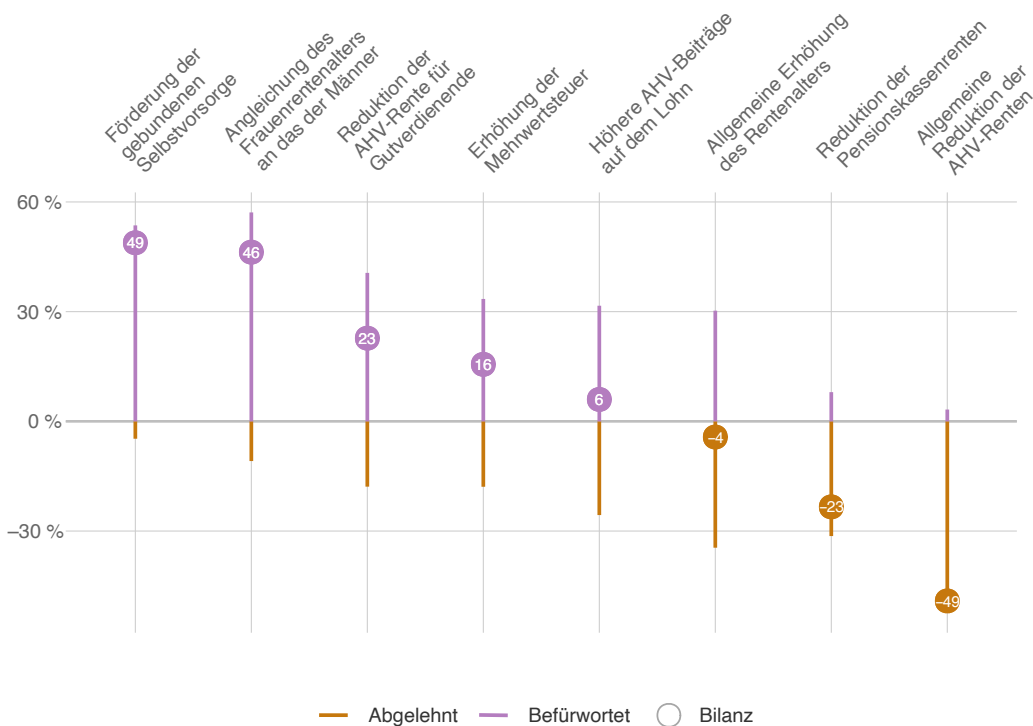
Abbildung 25: Bewertung Lösungsansätze für AHV-Finanzierungslücke



«Bewerten Sie die folgenden Lösungsansätze zur Schliessung der Finanzierungslücke in der AHV. Verteilen Sie fünf Punkte auf die folgenden Massnahmen. Sie können alle Punkte auf eine Massnahme setzen (übrigen Punkte auf Null) oder die Punkte beliebig verteilen.»

Sowohl bei der umlagefinanzierten AHV als auch beim im Kapitaldeckungsverfahren finanzierten BVG zeigt sich in der Bevölkerung eine gewisse Bereitschaft, die Allgemeinheit für die Sicherung der Renten aufkommen zu lassen. Interessanterweise zeigt sich aber auch in diesem Jahr: Wenn es um konkrete Massnahmen geht, befürwortet die Bevölkerung Massnahmen wie die Erhöhung des Rentenalters häufiger als die Erhöhung der Mehrwertsteuer (Abb. 26). Die Befragten erhielten dabei die Möglichkeit, aus acht konkreten Massnahmen jene auszuwählen, die sie explizit unterstützen, und jene, die sie gänzlich ablehnen. Die Bilanz bildet damit die Differenz zwischen dem Anteil zustimmender und dem Anteil ablehnender Personen.

Abbildung 26: Einschätzung verschiedener Reformmassnahmen



Befürwortet: «Wenn es um konkrete Massnahmen zur Reform der Altersvorsorge geht, auf welche würden Sie setzen?»

Abgelehnt: «Und welche dieser Massnahmen kommen für Sie gar nicht in Frage?»

Bei einer Reform der Altersvorsorge würde die Bevölkerung am stärksten auf das eigenverantwortliche Sparen setzen, gefolgt von einer Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer. Kaum jemand lehnt eine Förderung der dritten Säule dezidiert ab. Männer befürworten eine Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer deutlich stärker (66 Prozent) als Frauen (27 Prozent, nicht in Abbildung). Auch eine Kürzung der AHV-Rente

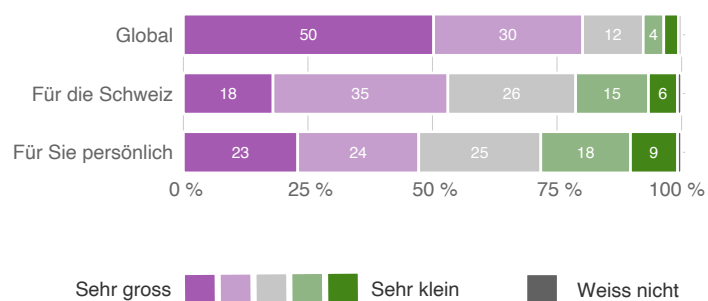
von Gutverdienenden und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer werden von der Bevölkerung eher als sinnvoll erachtet, wenngleich ein deutlich geringerer Anteil auf diese beiden Massnahmen setzt. Nicht unterstützt von der Bevölkerung werden dagegen nach wie vor eine generelle Erhöhung des Rentenalters und vor allem eine allgemeine Reduktion der Renten der ersten und der zweiten Säule.

4 Risiken und Klimawandel

Das Klima hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Starke Unwetter, Hochwasser und Hitzetage werden häufiger, die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nehmen zu. Ist die Schweizer Bevölkerung der Meinung, dass sie von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein könnte? Oder sieht sie diesen eher als globales Phänomen, das für die Schweiz und sie persönlich kaum negative Effekte hat?

Gestützt auf die Umfrageergebnisse ist es für die Schweizer Bevölkerung unbestritten, dass die klimatischen Veränderungen globale Risiken mit sich bringen (Abb. 27): 80 Prozent der Befragten stufen die Risiken des Klimawandels als gross ein, 12 Prozent gehen von einem mittleren Risikopotential aus. Auch die Ansicht, dass durch die Veränderungen des Klimas für die Schweiz oder einen selbst ein grosses Risiko besteht, ist verbreitet: Für mehr als die Hälfte der Bevölkerung birgt der Klimawandel für die Schweiz grosse Risiken. 47 Prozent der Schweizer Bevölkerung schätzen das persönliche Risiko, von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen zu sein, als hoch ein. Allerdings geht jede fünfte Person davon aus, dass die Risiken des Klimawandels für die Schweiz gering sind. Etwas mehr als jede vierte Person erwartet, dass die Risiken des Klimawandels für sie selbst gering sind.

Abbildung 27: Risiko durch Klimawandel für verschiedene Einflussräume

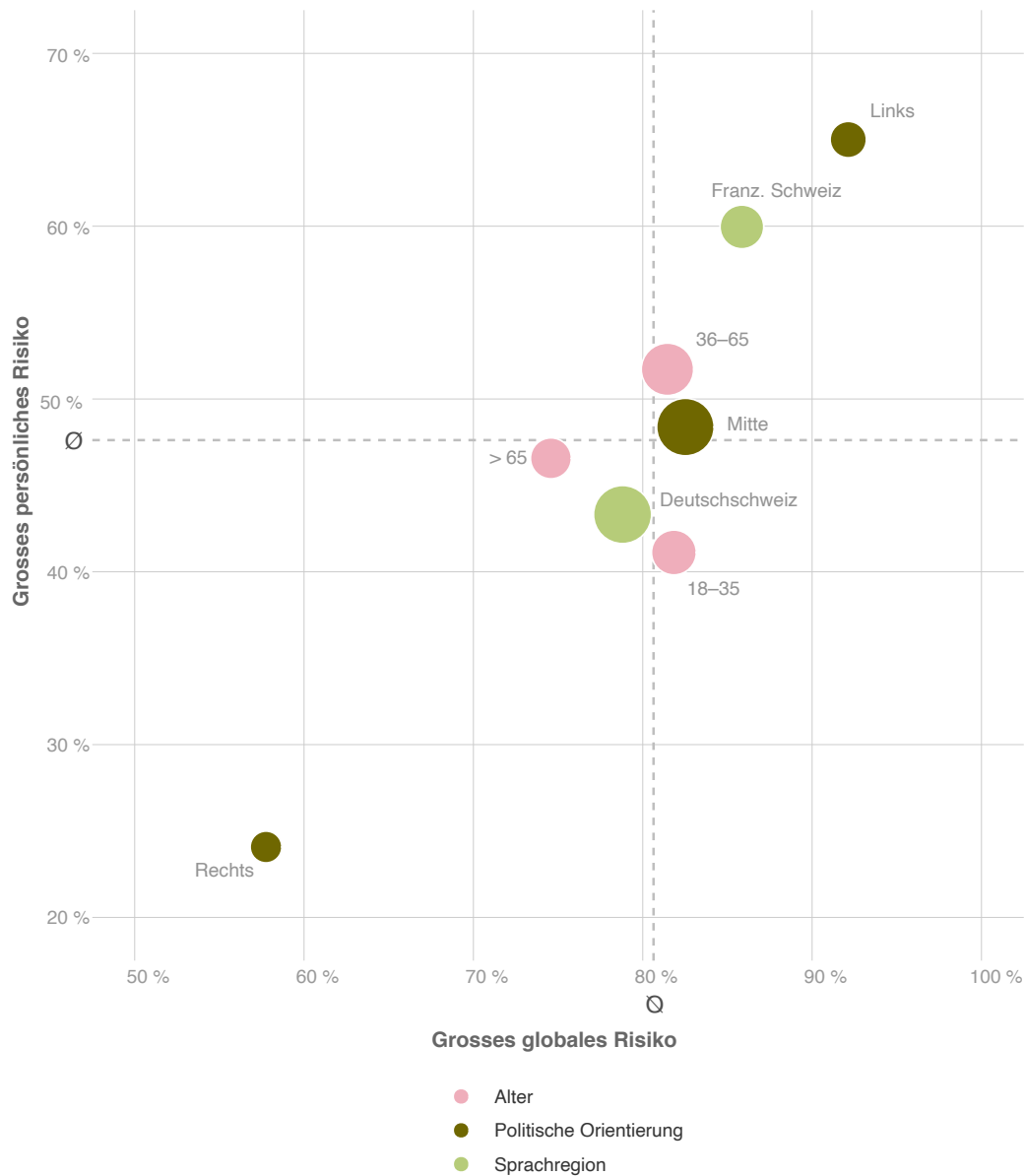


«Wie schätzen Sie die Risiken des Klimawandels für Sie persönlich / für die Schweiz / global ein»

Abbildung 28 zeigt, wie die Einschätzung des durch den Klimawandel verursachten Risikos zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen divergiert. Die horizontale Achse zeigt, wie die Risiken auf der globalen Ebene, die vertikale Achse, wie die Risiken auf persönlicher Ebene eingeschätzt werden. Junge Erwachsene bewerten die globalen Risiken des Klimawandels im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zwar höher ein, die Auswirkungen auf sie persönlich sehen sie aber weniger dramatisch. Über 65-Jährige schätzen die globalen Risiken tiefer ein als die Gesamtbevölkerung. Auch nach Sprachregion zeigen sich Unterschiede:

Im Vergleich zur Bevölkerung aus der Deutschschweiz bewerten Personen aus der französischsprachigen Schweiz die Risiken des Klimawandels sowohl global als auch persönlich höher. Am deutlichsten divergiert allerdings die Risikoeinschätzung des Klimawandels nach politischer Orientierung: Personen, die sich auf dem politischen Spektrum rechts einordnen, schätzen das Risikopotenzial des Klimawandels deutlich geringer ein als politisch links orientierte Personen.

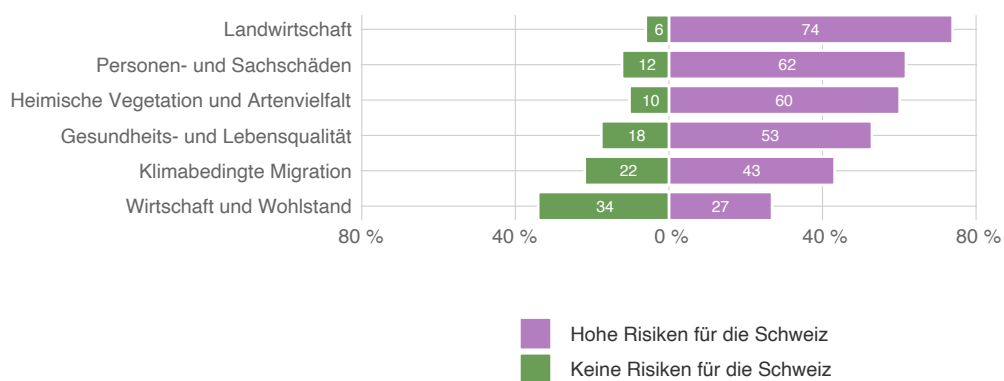
Abbildung 28: Risikoeinschätzung des Klimawandel – nach Einflussraum und Merkmalen



«Wie schätzen Sie die Risiken des Klimawandels für Sie persönlich / global ein?» Antwort: «Gross» / «Sehr gross». Die Grösse der Kreise gibt die prozentuale Grösse der Bevölkerungsgrösse wieder.

Wie Abbildung 27 zeigt, sind knapp vier von fünf Personen der Ansicht, dass die Veränderung des Klimas für die Schweiz mittlere bis sehr grosse Risiken mit sich bringt. Abbildung 29 zeigt, wo diese Risiken konkret verortet werden. Nach Einschätzung der Bevölkerung wirkt sich der Klimawandel vor allem auf die landwirtschaftliche Nutzung aus: Knapp drei Viertel sehen den landwirtschaftlichen Anbau gefährdet, 60 Prozent die heimische Vegetation und Artenvielfalt. Für eine Mehrheit der Befragten stellt der Klimawandel aber auch unmittelbar für den Menschen ein bedeutendes Risiko dar: 62 Prozent sehen die grössten Risiken des Klimawandels im Bereich der Personen- und Sachschäden, 53 Prozent erachten die allgemeine Gesundheits- und Lebensqualität für gefährdet. Allerdings sind auch 18 Prozent der Ansicht, dass durch die klimatischen Veränderungen für diesen Bereich keine Risiken entstehen. Ähnlich viele sind der Meinung, dass für die Schweiz durch klimabedingte Migration kein Risiko besteht (22 Prozent). Für 43 Prozent der Bevölkerung stellt dagegen eine durch den Klimawandel verursachte Migration für die Schweiz ein bedeutendes Risiko dar. In der Bevölkerung überwiegt schliesslich die Meinung, dass der Klimawandel für die Wirtschaft und den Wohlstand kein Risiko darstellt (34 Prozent), für 27 Prozent sind diese Bereiche durch den Klimawandel gefährdet.

Abbildung 29: Risikobereiche für die Schweiz aufgrund des Klimawandels



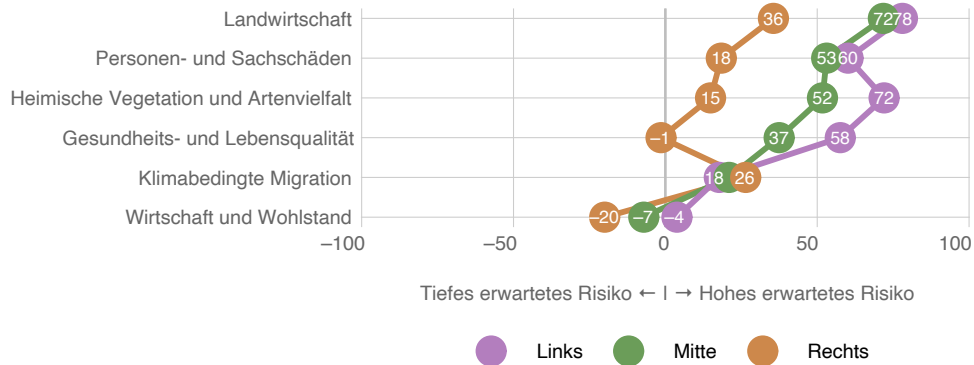
Hohe Risiken für die Schweiz: «In welchen Bereichen sehen Sie aufgrund des Klimawandels für die Schweiz die grössten Risiken?»

Keine Risiken für die Schweiz: «Und in welchen Bereichen sehen Sie aufgrund des Klimawandels keine besonderen Risiken für die Schweiz?»

Abbildung 30 zeigt die Differenz zwischen dem Anteil der Personen, die infolge des Klimawandels für den jeweiligen Bereich Risiken sehen, und solchen, die den Bereich für nicht gefährdet erachten. Ein positiver Wert verweist damit auf ein hohes, ein negativer auf ein geringes Risikopotenzial. Die Abbildung macht deutlich, dass die Risiken aufgrund des Klimawandels nach Ansicht von Personen, die politisch links stehen, in fast allen erfragten Bereichen am höchsten bewertet werden. Ausnahme bildet die klimabedingte Migration, die vor allem von politisch

rechts stehenden Befragten als Risiko gesehen wird. Dieser Bereich wird aber insgesamt als weniger problematisch betrachtet.

Abbildung 30: Risikobereiche des Klimawandels – nach politischem Profil

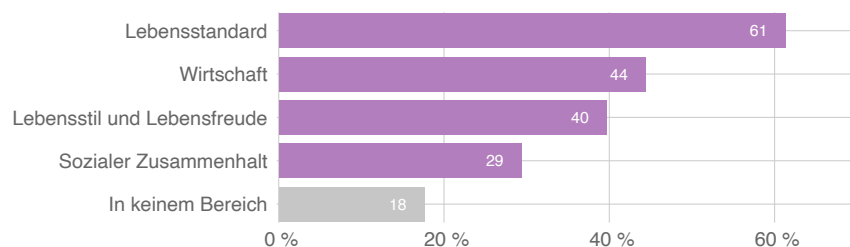


Bilanz zwischen «In welchen Bereichen sehen Sie aufgrund des Klimawandels für die Schweiz die *grössten Risiken?*» und «Und in welchen Bereichen sehen Sie aufgrund des Klimawandels *keine besonderen Risiken* für die Schweiz?» in Prozentpunkten

4.1 Auswirkungen von Klimaschutzmassnahmen

Rund die Hälfte der Bevölkerung geht davon aus, dass die Veränderung des Klimas ein hohes Risiko für die Schweiz darstellt (vgl. Abb. 27). Werden Massnahmen zum Schutz des Klimas ergriffen, könnten sich diese allerdings nachteilig auf andere Lebensbereiche auswirken. In der Tat rechnet ein Grossteil der Bevölkerung damit, dass Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels negative Auswirkungen auf andere Bereiche haben werden: Nur knapp jede fünfte Person sieht keinen Bereich, der von den Massnahmen zur Bekämpfung betroffen wäre (Abb. 31).

Abbildung 31: Negative Auswirkungen durch Klimaschutzmassnahmen in der Schweiz



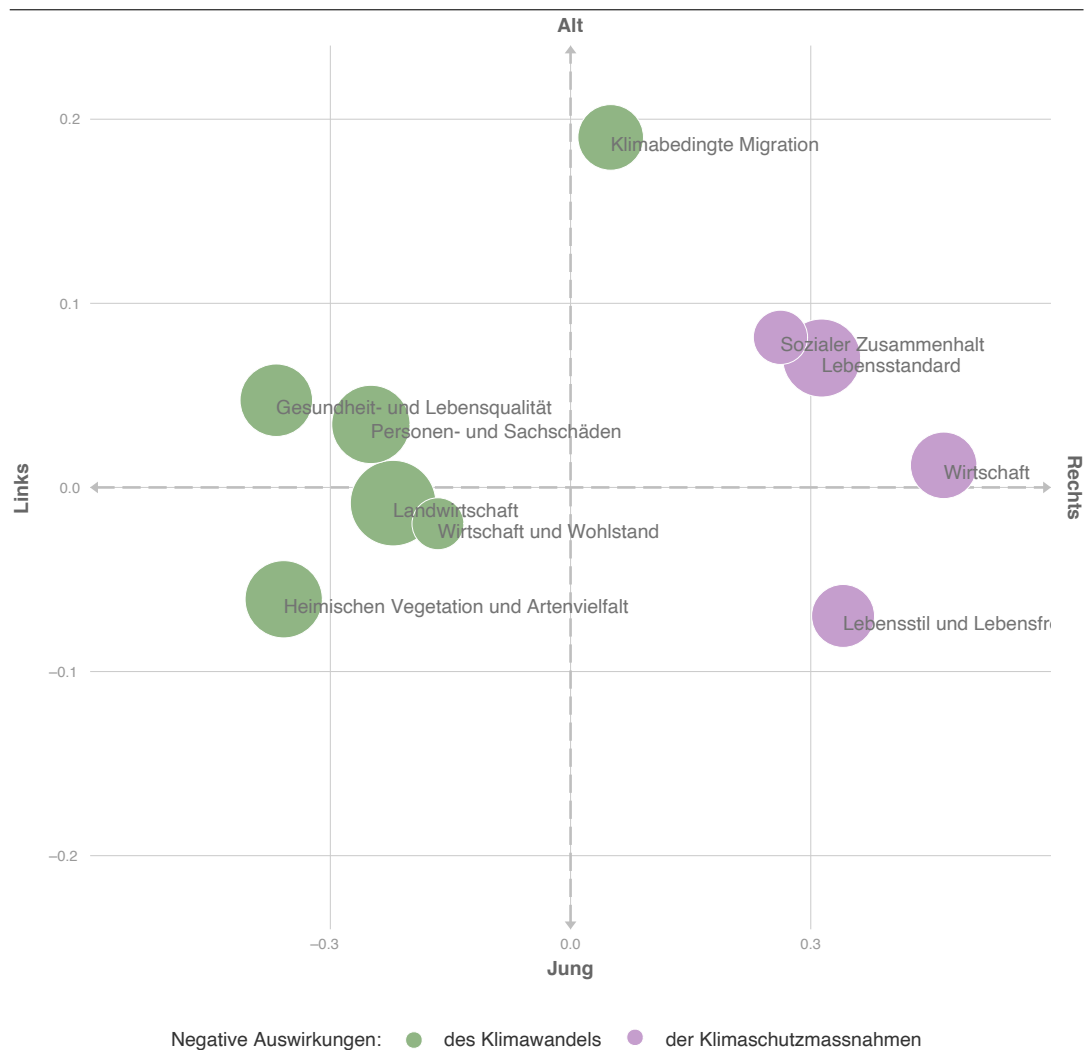
«Regulatorische Massnahmen zum Klimaschutz können sich auf andere Bereiche negativ auswirken. In welchen Bereichen sehen Sie negative Auswirkungen für die Schweiz aufgrund von Klimaschutzmassnahmen?»

Am meisten befürchtet die Bevölkerung, dass sich die Massnahmen zum Schutz des Klimas negativ auf den Lebensstandard (61 Prozent) oder auf die Wirtschaft

(44 Prozent) auswirken. 40 Prozent erwarten, dass die Massnahmen die Weiterführung des eigenen Lebensstils bedrohen könnten. Am wenigsten verbreitet ist die Befürchtung, dass die Massnahmen den sozialen Zusammenhalt gefährden könnten (29 Prozent).

Personen, die politisch rechts stehen, sehen eher die negativen Auswirkungen von allfälligen Klimaschutzmassnahmen als des Klimawandels selbst (Abb. 32). Dagegen stehen für links orientierte Personen die Folgen des Klimawandels im Vordergrund.

Abbildung 32: Erwartete negative Auswirkungen des Klimawandels und der Klimaschutzmassnahmen – nach Alter und politischer Orientierung



Risiken des Klimawandels: «In welchen Bereichen sehen Sie aufgrund des Klimawandels für die Schweiz die grössten Risiken?»

Auswirkungen Schutzmassnahmen: «Regulatorische Massnahmen zum Klimaschutz können sich auf andere Bereiche negativ auswirken. In welchen Bereichen sehen Sie negative Auswirkungen für die Schweiz aufgrund von Klimaschutzmassnahmen?», standardisierte Differenz

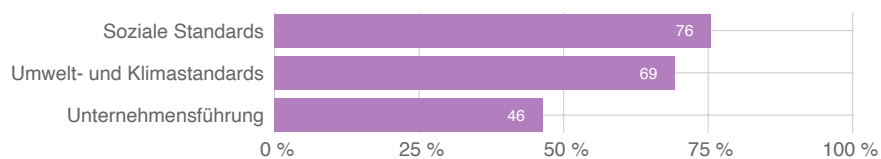
Hingegen ist das Alter einer Person nicht entscheidend, ob sie eher die direkten Folgen des Klimawandels oder die Auswirkungen der Schutzmassnahmen befürchtet. Je nach Alter sehen die Befragten aber unterschiedliche Bereiche betroffen: Junge Erwachsene befürchten häufiger direkt eine Gefährdung der heimischen Vegetation und Artenvielfalt und indirekt negative Folgen der Schutzmassnahmen auf den Lebensstil und die Lebensfreude. Personen im Rentenalter sehen vermehrt den Lebensstandard bedroht, wenn Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen werden, und befürchten als direkte Folge des Klimawandels häufiger eine Zunahme der Migration.

4.2 Nachhaltige Kapitalanlagen

Im Juni dieses Jahres publizierte der Bundesrat seine Leitlinien zur Nachhaltigkeit im Finanzsektor.⁵ Wie steht die Bevölkerung zur Nachhaltigkeit von Kapitalanlagen?

Für die Schweizer Bevölkerung ist eine Anlage vor allem nachhaltig, wenn sie Sozialstandards sowie Umwelt- und Klimastandards berücksichtigt (Abb. 33): Für mehr als drei Viertel der Bevölkerung bedeutet Nachhaltigkeit bei Kapitalanlagen, dass dabei soziale Standards wie sichere Arbeitsbedingungen beachtet werden. 69 Prozent verstehen darunter die Einhaltung von Umwelt- und Klimastandards. Weniger als jede zweite Person denkt dagegen an gute Unternehmensführung wie Aktionärsrechtenschutz und Korruptionsbekämpfung (46 Prozent). Für 32 Prozent der Bevölkerung müssen alle drei Kriterien erfüllt sein, damit eine Kapitalanlage als nachhaltig gilt (in der Abbildung nicht ersichtlich).

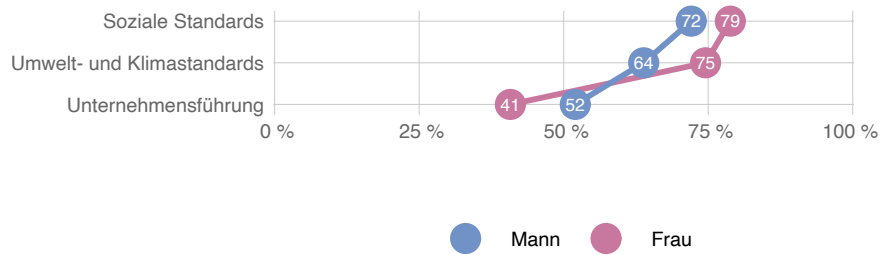
Abbildung 33: Anforderungen an nachhaltige Anlagestrategien



«Seit einiger Zeit gewinnen nachhaltige Anlagestrategien in der Schweiz an Bedeutung. Welche Kriterien müssen nachhaltige Kapitalanlagen für Sie erfüllen?»

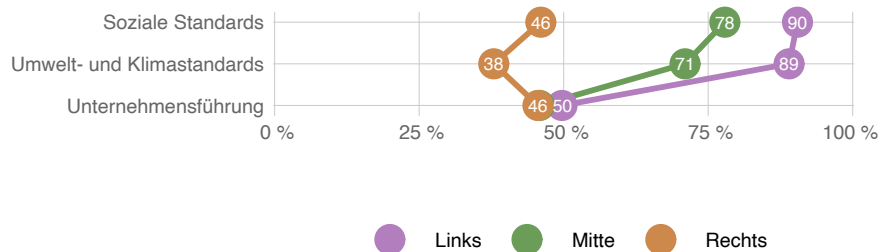
Für Frauen beinhaltet eine nachhaltige Kapitalanlage eher Sozialstandards sowie Umwelt- und Klimastandards (79 bzw. 75 Prozent) als für Männer (72 bzw. 64 Prozent, Abb. 34). Diese nennen dagegen häufiger die gute Unternehmensführung als relevantes Kriterium für eine nachhaltige Kapitalanlage (52 Prozent) als Frauen (41 Prozent).

⁵Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF, 26. Juni 2020, <https://www.sif.admin.ch/sif/de/home/dokumentation/medienmitteilungen/medienmitteilungen.msg-id-79606.html>

Abbildung 34: Anforderungen an nachhaltige Anlagestrategien – nach Geschlecht

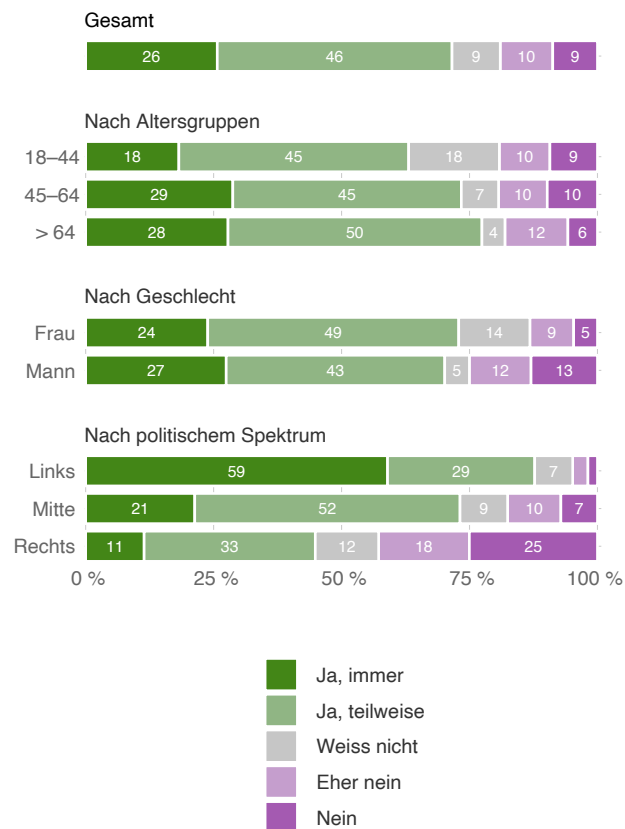
«Seit einiger Zeit gewinnen nachhaltige Anlagestrategien in der Schweiz an Bedeutung. Welche Kriterien müssen nachhaltige Kapitalanlagen für Sie erfüllen?»

Die Ansicht der Bevölkerung, was unter einer nachhaltigen Kapitalanlage zu verstehen ist, divergiert deutlich nach politischer Einstellung (Abb. 35): Während die politische Orientierung bei der Beurteilung der Unternehmensführung als Nachhaltigkeitskriterium kaum eine Rolle spielt, setzen vor allem politisch links orientierte Personen Sozialstandards sowie Umwelt- und Klimastandards deutlich häufiger voraus, damit eine Anlage als nachhaltig gilt (90 Prozent bzw. 89 Prozent), als politisch rechts Orientierte (46 Prozent bzw. 38 Prozent).

Abbildung 35: Anforderungen an nachhaltige Anlagestrategien – nach politischer Einstellung

«Seit einiger Zeit gewinnen nachhaltige Anlagestrategien in der Schweiz an Bedeutung. Welche Kriterien müssen nachhaltige Kapitalanlagen für Sie erfüllen?»

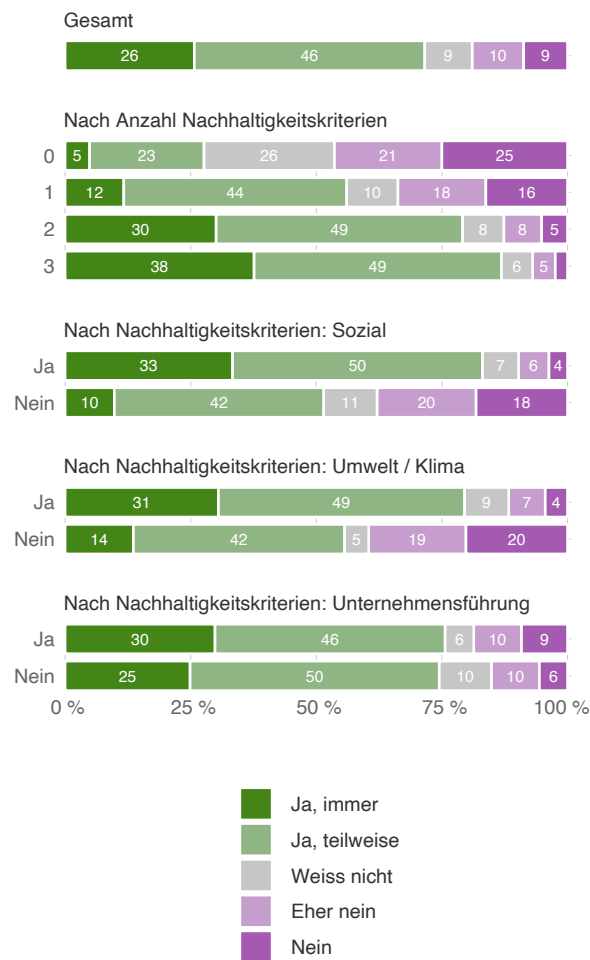
Zwischen der Nachhaltigkeit einer Kapitalanlage und der Rendite kann ein Zielkonflikt bestehen. Sollen Pensionskassen und Versicherungen nach Ansicht der Bevölkerung auf nachhaltige Kapitalanlagen setzen, auch wenn sich dadurch der finanzielle Gewinn schmälert? Für rund einen Viertel der Bevölkerung hat die Nachhaltigkeit einer Anlage vor deren Rendite Priorität (Abb. 36).

Abbildung 36: Nachhaltigkeit von Kapitalanlagen und Rendite

«Sollen Pensionskassen und Versicherungen ihr Kapital nachhaltig anlegen, auch wenn sich dadurch die Rendite schmälert?»

Weitere 46 Prozent der Bevölkerung sind der Ansicht, dass zumindest teilweise die Nachhaltigkeit wichtiger sein soll als die Rendite. Für jede fünfte Person soll der Fokus einer Kapitalanlage dagegen auf der Rendite liegen. Zu ähnlichen Anteilen ist diese Haltung auch bei den Frauen und Männern sowie unter den verschiedenen Altersgruppen zu finden. Deutlich unterschiedlich priorisieren dagegen Personen des linken und des rechten politischen Spektrums: Für 59 Prozent der politisch links Orientierten soll die Nachhaltigkeit vor der Rendite stehen. Zwar erachten auch 44 Prozent der politisch rechts Orientierten die Nachhaltigkeit einer Anlage zumindest teilweise für wichtig. 43 Prozent gewichten jedoch die Rendite stärker.

Je breiter eine Person Nachhaltigkeit definiert, desto stärker priorisiert sie die Nachhaltigkeit einer Kapitalanlage gegenüber der Rendite (Abb. 37). Dabei stellen vor allem jene Personen die Nachhaltigkeit vor die Rendite, für die eine Kapitalanlage als nachhaltig gilt, wenn sie Sozialstandards oder Umwelt- und Klimastandards erfüllt (33 bzw. 31 Prozent). Personen, die gute Unternehmensführung als Nachhaltigkeitskriterium verstehen, unterscheiden sich dagegen in der Gewichtung von Nachhaltigkeit und Rendite vergleichsweise wenig von jenen, für die die Unternehmensführung nicht als Nachhaltigkeitsaspekt zählt.

Abbildung 37: Nachhaltigkeit von Kapitalanlagen und Rendite – nach Nachhaltigkeitskriterien

«Sollen Pensionskassen und Versicherungen ihr Kapital nachhaltig anlegen, auch wenn sich dadurch die Rendite schmälert?»

4.3 Versicherungsschutz in Gefahrengebieten

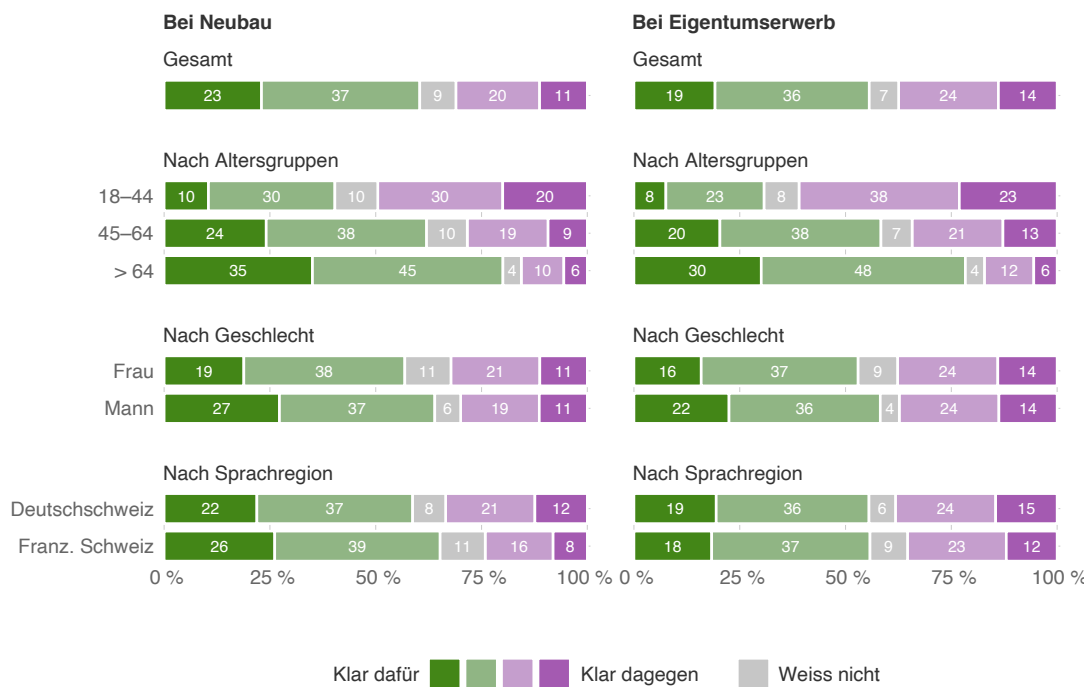
Mit der Veränderung des Klimas werden Überschwemmungen, Hochwasser oder heftige Unwetter häufiger. Die Bundesgesetze über den Wasserbau und den Wald verpflichten die Kantone, Gefahrenkarten für Hochwasser, Lawinen etc. zu erstellen und diese in der Richt- und Nutzungsplanung sowie bei allen raumwirksamen Tätigkeiten zu berücksichtigen.⁶ Wie soll nach Ansicht der Bevölkerung bei Neubauten oder bei Eigentumserwerb in Gefahrengebieten verfahren werden?

60 Prozent der Bevölkerung sind der Ansicht, dass wer in Gebieten mit erhöhtem Naturgefahrenrisiko baut oder renoviert, die Risiken selbst zu tragen hat und deshalb keinen Versicherungsschutz erhalten soll (Abb. 38). Allerdings lässt sich für eine solche Massnahme nicht über alle Bevölkerungsgruppen eine Mehrheit finden: Während vier Fünftel der Bevölkerung im Rentenalter eine solche Mass-

⁶vgl. Bundesamt für Umwelt BAFU www.bafu.admin.ch/gefahrenkarten

nahme befürwortet, lässt sich bei den 18- bis 44-Jährigen keine Mehrheit finden (40 Prozent).

Abbildung 38: Eingeschränkter Versicherungsschutz bei Gebäuden in Gefahrengebieten



Bei Neubau: «Wer in Gebieten mit erhöhten Naturgefahren neu baut oder renoviert, soll die Risiken selber tragen und deshalb keinen Versicherungsschutz erhalten.»

Bei Eigentumserwerb: «Wer Eigentum erwirbt, das in einem Gebiet mit erhöhten Naturgefahren liegt, soll kein Recht auf vollen Versicherungsschutz haben.»

Frauen befürworten einen Versicherungsausschluss von Neubauten in Gefahrengebieten weniger häufig (57 Prozent) als Männer (64 Prozent), Personen aus der Deutschschweiz leicht häufiger (59 Prozent) als Personen aus der französischsprachigen Schweiz (65 Prozent).

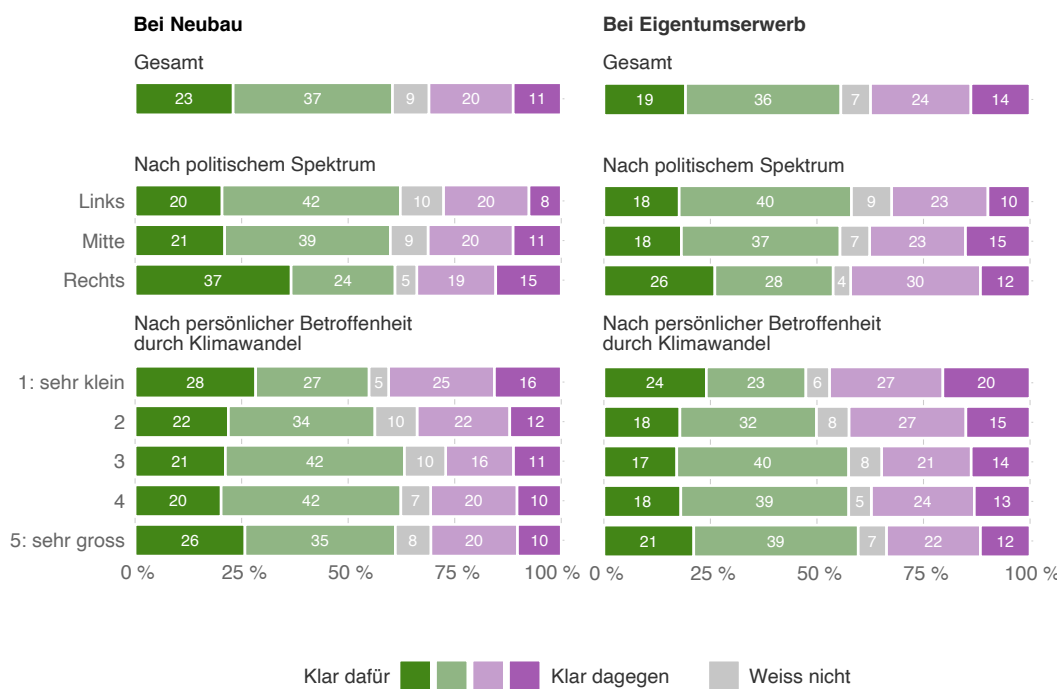
Haushalte, die Eigentum in einem Gebiet mit erhöhtem Naturgefahrenrisiko erwerben, sollen nach Ansicht von 55 Prozent der Bevölkerung keinen vollen Versicherungsschutz erhalten. Diese Ansicht ist dabei wiederum vor allem bei den Personen im Rentenalter stark vertreten (78 Prozent). 18- bis 44-Jährige sind hingegen stärker gegen als für eine solche Massnahme (61 Prozent bzw. 31 Prozent). Frauen sprechen sich geringfügig weniger oft für die Massnahme aus (53 Prozent) als Männer (58 Prozent). Dagegen unterscheiden sich Personen aus der deutschsprachigen und solche aus der französischsprachigen Schweiz nicht in der Haltung gegenüber einem reduzierten Versicherungsschutz (je 55 Prozent).

Unabhängig von der politischen Ausrichtung spricht sich eine Mehrheit für einen Versicherungsausschluss von Neubauten in Gefahrengebieten aus (Abb. 39). Allerdings fällt auf, dass politisch rechts Orientierte vergleichsweise häufig dezidiert

für eine solche Massnahme aussprechen (37 Prozent). Ausserdem sprechen sich Personen weniger deutlich für einen Versicherungsausschluss bei Neubauten und Renovationen aus, wenn sie das Risiko des Klimawandels für sich persönlich für klein (56 Prozent) oder sehr klein (55 Prozent) erachten.

Zwischen der politischen Orientierung und der Haltung gegenüber einem verminderten Versicherungsschutz bei Eigentumserwerb in Gefahrengebieten zeigt sich kein eindeutiger Zusammenhang: Einerseits stimmen politisch links Orientierte der Massnahme leicht häufiger zu als Personen, die sich auf dem politischen Spektrum in der Mitte oder rechts davon verorten. Politisch rechts Orientierte sprechen sich allerdings vergleichsweise häufig klar für einen reduzierten Versicherungsschutz bei Eigentumserwerb in Gefahrengebieten aus (26 Prozent). Personen, die das Risiko des Klimawandels für sich selbst hoch einschätzen, sind vergleichsweise häufig für einen reduzierten Versicherungsschutz in Gefahrengebieten. Schliesslich nimmt die Befürwortung einer solchen Massnahme zu, je höher eine Person das Risiko des Klimawandels für sich selbst einschätzt.

Abbildung 39: Eingeschränkter Versicherungsschutz bei Gebäuden in Gefahrengebieten



Bei Neubau: «Wer in Gebieten mit erhöhten Naturgefahren neu baut oder renoviert, soll die Risiken selber tragen und deshalb keinen Versicherungsschutz erhalten.»
Bei Eigentumserwerb: «Wer Eigentum erwirbt, das in einem Gebiet mit erhöhten Naturgefahren liegt, soll kein Recht auf vollen Versicherungsschutz haben.»

5 Methodik

Die Datenerhebung erfolgte zwischen dem 8. und 22. Juni 2020. Die Teilnehmenden wurden über die Online-Panels von sotomo und intervista per Einladung rekrutiert (*opt-in online survey*). In die Auswertung sind die Antworten von 1378 Personen eingeflossen: 817 aus dem intervista-Panel und 561 aus dem sotomo-Panel.

Die kombinierte Stichprobe wurde mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*, auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt) gewichtet. Zu den Gewichtungskriterien gehören Geschlecht, Alter, Ausbildungsstand und politische Positionierung (Parteinähe). Als Grundgesamtheit definiert sich die ständige Wohnbevölkerung der deutsch- und französischsprachigen Schweiz ab 18 Jahren. Die Randverteilungen dieser Merkmale wurde für die deutschsprachige und französischsprachige Schweiz jeweils separat berücksichtigt. Dieses Vorgehen gewährleistet eine hohe soziodemografische Repräsentativität der Stichprobe. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95-Prozent-Konfidenzintervall (für 50 Prozent Anteil) +/-2.6 Prozentpunkte.

